



Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Buchhandlungen und in allen Städten erhältlich

Zageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Dienstag: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossen, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Ausstellungsgebühr) / Verlag: „Arbeitersturm“, Dresden-El / Geschäftsführer und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Belegschaftsmannschaft 14191 / Postleitzahl Dresden 113333, Emil Schäfer, Geschäftsführung: Dresden-El, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Am Dresden Nr. 17299 / Drahtanlage: „Arbeitersturm“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montags 5-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Bezugspreis: Die neuroman geplante Monopoleilzeitung oder deren Raum 0,20 RM., für Familienangehörige 0,20 RM., für die Kellamegazelle entzerrend an den bestehenden Zeitungen 1,25 RM. Auslagen-Ablaufnahme 1000000 bis zu 1000000 in der Expedition Dresden-El, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeitersturm“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Es gelten höhere Gewalt bei keinem Anpruch auf Lieferung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Mittwoch, den 6. Oktober 1926

Nummer 222

Severing tritt heute zurück

Berrat in Hamburg

Das Abstimmungsergebnis für Fortsetzung des Kampfes — Die Reaktionen versuchen, den Streik abzuwürgen.

Hamburg, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Zu den späteren Abendstunden wurde das Abstimmungsergebnis bekannt. Es ergab bei den organisierten Hafenarbeitern 2250 Stimmen für die Fortsetzung des Streiks und 1282 gegen, 45 Stimmen ungültig. Die besonders durchführliche Abstimmung bei den unorganisierten Hafenarbeitern ergab 2193 Stimmen für die Fortsetzung des Streiks und 193 Stimmen dagegen, 86 Stimmen ungültig.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses sollte eine Sitzung der Streileitung stattfinden. Bevor die offizielle Sitzung zu stande kam, gab jedoch die aus Sozialdemokraten zusammengeführte Mehrheit der Streileitung eine Information über die Streiklage heraus, die Abstimmung bedeute den Streikabbruch, und ab morgen seie die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach dieser Aussage stellte die kommunistische Fraktion den Antrag: Die heutige Abstimmung ergab eine große Mehrheit der Organisierten und eine erdrückende Mehrheit der Unorganisierten für Fortsetzung des Streiks. Die nach Berlin entstandene Protestdelegation hat noch nicht berichtet. Die Ergebnisse der Hafenarbeiter sind unerfüllt. Das Koalitionsrecht der ganzen deutschen Arbeiterschaft bleibt bedroht. Die Verbandsführer begaben durch ihre Auflösung zum Streikabbruch diesen Bericht am Kampf und ließen Helfershelferstellen für die deutschen Kapitalisten. Die Streileitung, die von den kämpfenden Hafenarbeitern gewählt war, hat die Pflicht, deren Wehrheitswillen durchzuführen. Darum erklärt die Streileitung: „Der Kampf wird fortgesetzt und ein Appell zur vollen Solidarität an die gesamte Arbeiterschaft gerichtet.“ Auf diesen Antrag hin erklärten die sozialdemokratischen Mitglieder der Streileitung, der Streik sei für sie erledigt, und wenn über den Antrag der KPD-Mehrheit abgestimmt werden sollte, so lasse den Saal verlassen würden. Darauf gaben die Kommunisten eine Erklärung ab, die nochmals die günstigen Aussichten einschlägt in der Streikbewegung darlegt und den Bericht der Führer des ADGB, des Verkehrsverbundes und der SPD bestätigt. Die Erklärung fordert alle Unorganisierten auf, jetzt erst recht in den Verband einzutreten, damit die Gewerkschaften zu geschäftlichen Kampforganen gemacht werden. Sie fordert die Einberufung einer Hamburger Betriebsräte-Vollversammlung, um die weiteren Kämpfe der Arbeiter in breiter Front zu führen gegen die kapitalistische Nationalisierung, für Lohnsteigerung und für den Achtstundentag, gegen die Regierung Marx-Braun, gegen die Koalitionsregierung.

Berlin, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die „Rote Zähne“ schreibt zum Abbruch des Kampfes: „Den Versätern ist die Bewirrung der kämpfenden gelungen. Wederlich wird es ihnen auch gelingen, den Streik nun vollends abzuwürgen. Nicht gelingen wird ihnen aber, die Bedeutung des Kampfes zu verwischen oder zu verdunkeln. Zum ersten Mal hat eine Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Nationalisierung und gegen die betrügerische Schlusslichtspartei gekämpft. Die Arbeiterschaft hat aufs neue bestanden, welche Macht sie will, wenn sie einig und geschlossen den Kampf aufnimmt. Sie hat erkannt, wer im Augenblick des Kampfes auf der Seite der Kapitalisten und wer auf der Seite der Arbeiter steht. Sie hat weiter erkannt, daß durch das arbeitsgemeinschaftliche Verhalten der ADGB-Führer mit den kapitalistischen Verhältnissen und Streitkreis gerechnet werden soll. Der Kampf um die Sicherung ihrer Existenz und gegen die kapitalistische Nationalisierung wird weitergehen.“

Der ADGB fordert ein Notgesetz für den Achtstundentag

Berlin, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Bundesauschuß des ADGB faßte eine Entscheidung, nach dem er zwei Tage zu mit der Arbeiterschaft beschäftigte. In dieser Entscheidung wurde festgestellt, daß die unumstößliche Ausdehnung der Arbeiterschaft und das unerträgliche Überarbeiten weiter mit Recht Empfehlung und Unwillen unter Arbeiterschaften wie Arbeitenden herstellen. Es wird der Achtstundentag gefordert und Protest gegen die Schlafspurlei der jüngsten Zeit, die die Arbeiterschaft verlängern, erhoben. Der Bundesauschuß fordert (an der Marx-Schleemann-Regierung) eine sofortige Regelung durch ein Notgesetz, das den Achtstundentag wieder herstellt. Es heißt zum Schluß dieser Erklärung: „Der Bundesauschuß verpflichtet deshalb alle Verbände, diejenen Unruhen auch aus eigener Kraft mit geeigneten Maßnahmen energisch entgegenzutreten. Es fordert die gesamte Arbeiterschaft auf, durch Unterstützung dieser Maßnahmen Solidarität an den erwerbslosen Arbeitlosen zu haben.“

In dieser Entschließung ist keine einzige konkrete Kompositionsaufgabe aufgeführt. Die Praxis der reformistischen Bürokratie — siehe Hamburger Hafenarbeiterstreik — steht im freien Gegensatz zum Kampf gegen den Achtstundentag und zur Solidarität mit den Erwerbslosen.

Vor der Großen Koalition in Preußen

Berlin, 6. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Heute wird Severing zurücktreten. Nach den Mitteilungen des „Völkerischen Zeitung“ hat Severing bereits an der fraktionslose Sitzung des Kabinetts nicht mehr teilgenommen. Sein Abgang ist aufgrund seiner Tatsache, daß er zeitweilig ins Privatleben zurückzog, als angeblich zwingend, sich zeitweilig ins Privatleben zurückzuziehen. Als ernsthafte Kandidaten für seinen Nachfolger kommen der Oberpräsident Rosse und der Berliner Polizeipräsident Grätzmann in Betracht. Der Vorstand von Rosse wurde von Braun gemacht. Nach einer Mitteilung der „Völkerischen Zeitung“ und des Sozialdemokratischen Presseclubs soll an Stelle Grätzmanns der Ritter Polizeipräsident Ziegler die Nachfolge übernehmen. Ueber ihn schreibt die „Völkerische Zeitung“: „Ziegler hat als Polizeipräsident eine reichhaltige Arbeit geleistet und ist auch bei den Bürgern sehr und selbst Rechtsseitlichen Achtung zu verschaffen.“ Gleichzeitig wird mit Severings der Staatssekretär des preußischen Innernministeriums, der Sozialdemokrat Meister, zurücktreten müssen. An seine Stelle wird nach einer Meldung des „Berliner Tagblattes“ ein Beamter treten, der einer der anderen Regierungsparteien, also des Zentrums oder der Demokraten, angehört. Das beweist, daß die konservativen Erfahrungen in der Rechte über die heutige Regierungskoalition, der Rücktritt Severings habe nichts mit Koalitionsverhandlungen zu tun.

Gestern abend tagte auf Einladung des Ministerpräsidenten Braun der Vorstand der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, und heute wird die sozialdemokratische Fraktion zu der durch Severings Rücktritt geschaffenen Lage Stellung nehmen.

Die „Völkerische Zeitung“ ist der Auffassung, daß aus Anfang des Rücktritts Severings eine Umbildung der gesamten preußischen Regierung nicht in Betracht kommt. Der „Vorwärts“ berichtet weiter in seiner Abendausgabe noch mit seiner Silbe über den Rücktritt Severings. Die „Rothausgabe“, das Abendblatt Hagenbergs, bewertet Severings Rücktritt 24 Stunden vor dem Julientermin des Preußischen Landtages als eine Bescheinigung der Verhandlung zur Großen Koalition. Dieses Blatt berichtet auch schon über die eventuelle Ministerliste der Großen Koalition; danach soll das Finanzministerium der Abgeordnete Richter und das Handelsministerium der Abgeordnete Leidig von der Deutschen

Volksparcie übernehmen. Der bisherige demokratische Finanzminister Höppler-Nitsch soll nach dieser Liste an die Stelle des schwierigen Zentrumsgesetzabgeordneten und jüngsten Justizministers Dr. Alm-Jehnhoft treten. Grätzmann soll zunehmend in letzter werden.

Heute morgen kommentiert der „Vorwärts“ den Rücktritt Severings nur damit, daß Severing freies sei. In Würdigung des Verdienstes Severings schreibt der „Vorwärts“: „Um der Erhaltung der Republik willen mußte er im Juli 1921 gegen irreguläre Proletariat in Mitteldeutschland vorgehen, so schwer ihm das auch gefallen sein mag.“ Severing hat in den Jahren des militärischen Aufbaues bewiesen, daß er ein Staatsmann ist.“ Das Blatt der Volkspartei, als aufrichtiger Koalitionsgesellsin, die „Tägliche Rundschau“, schreibt: „Daneben braucht keineswegs verkannt zu werden, daß Severing ein Mann war, der sich mit erstaunlicher Intelligenz in die Höhe gearbeitet hatte und der es verstand, seinen Willen durchzusetzen. Er hat Ruhe und Ordnung im Staat auch in schwerster Zeit aufrechterhalten und hat sich nicht gescheut, dabei auch seinen politischen „Kindern“ gelegentlich auf die Finger zu klopfen.“

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ bemerken heute möggen zu der durch den Rücktritt Severings geschaffenen Lage, daß obwohl eine Kabinettsumbildung gemacht demonstriert werde, anzunehmen sei, daß die Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition in Preußen fortgesetzt werden. Im Prinzip sollten die Befreiungen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, abgeschlossen sein. Demnach soll, so berichten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, der bisherige Sozialdemokrat Ministerpräsident Braun seinen Posten behalten. Im übrigen bestätigen die „L. N. N.“ die Meldung der Rundschau über die Zustimmung der neuen Koalitionsregierung in Preußen. Auch in der gefallenen übrigen bürgerlichen Presse wird heute morgen der Rücktritt Severings als das bestimmte Ereignis auf die Bildung der Preußenregierung zur Großen Koalition angesehen.

Die SPD-Führer wollen zur Großen Koalition. Diese Tatsache ist jetzt nicht mehr zweifelhaft. Nach dem Rücktritt Severings ist jetzt den SPD-Führern in Preußen die günstige Gelegenheit gegeben, ihr Ziel zu erreichen, um über die Große Koalition in Preußen zur Großen Koalitionsregierung im Reich zu kommen und damit der Auflösung Silberbergs auf der Dresdner Tagung der Industriellen nachzukommen.

„Das Deutsche Reich ist eine Republik“

Wer mit den Deutschnationalen Atem in Atem geht.

Und was für einen An ihrer Spitze steht nach seinen eigenen Wörtern der neue Diener seines Königs, der Generalfeldmarschall von Hindenburg. Die Reichswehr, die Schutzwacht der Republik, stellt Königliche Prinzen ein und hält in ihrer erlauchten Begleitung die Könige ab. Ja, das Deutsche Reich ist wirklich eine Republik. Nur glaubt es niemand. Darum muß das Reichsbanner das den lieben Deutschen mitteilen. Man malt ein riesiges Transparent, davon steht: Das Deutsche Reich ist eine Republik! Ja, wer es nun noch nicht glaubt, dem ist nicht zu helfen. Aber — und nur kommt das Bed — man geträumt sich das Ding nicht aufzutunnen, ehe nicht der weiße Stadtrot „die Republik“ erlaubt hatte. Und der hat sie verboten. Und warum? Weil man eine solche Behauptung nicht vor dem König Union (regierte 1827-35) auf dem Hohenstaufenplateau aufstellen darf.

Dieser Vorgang führte zu einer kurzen Auseinandersetzung der SPD im Dresdner Stadtvorortenkollegium, die vom Herrn Oberbürgermeister einfach mit der Bestätigung des Verbotes beantwortet wurde. Darauf stellte um vergangenen Donnerstag die SPD folgenden Antrag:

Kollegium wolle beflecken, den Rat zu ernehmen: Mit Rücksicht darauf, daß das Deutsche Reich eine Republik ist, alle Maßnahmen, die dazu dienen, den republikanischen Gedanken in den weitesten Volkstränen zu vertiefen, nicht nur in weitestgehender Weise zu unterstützen, sondern auch selbst für Sicht-

barmachung der republikanischen Farben bei geeigneten Anlässen Sorge zu tragen.“

Einer der linken Wähler, der Stadtr. Döllitz, stellt nun unter Bezugnahme auf den obigen Vorgang die Anklage: „Völker, Dresdens Stadtoberhaupt, er hat seinem Eid auf die Verfassung verletzt, er, der Volksverteiler, verbietet den Triffel in der Reichsverfassung, er dokumentiert keine monarchisch-reaktionäre Gründung! Wehe ihm!“

Und welche grausame Strafe will man ihm diktionieren? Er soll durch das Stadtvorortenkollegium verurteilt werden: 1. alle Maßnahmen in weitestgehender Weise zu unterstützen, die dazu dienen, den republikanischen Gedanken zu vertiefen und Schwarz-rot-gold zu flaggen. Man hat den blutdürstigen Tod für ihn ausgedacht, er soll sich sein Grab selbst schaufeln. Über ist's etwa die gleiche Strafe, die die Schildbürger für einen Maulwurf erkannten, den sie verurteilten, lebendig begraben zu werden?

Wohllich, man kann an einem solchen Manöver nicht ohne Satire vorbeikommen. Und doch ist die Sache so außergewöhnlich ernst. Nicht so zweigen allein, daß ein republikanischer Bürgermeister die Republik verstopft, daß ist wirklich kein Monum in unserer Hindenburg-Republik, aber daß eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt und sich gar so gern radikal gegenüberstellt, es unternimmt, durch ihre linken Vertreter der Arbeiterschaft in etwas vorsormachen. Ist ein so deprimierendes Vor-gegang, daß er vor der Arbeiterschaft nicht niedrig genug gehängt werden kann.

Das ist dann auch vor der kommunistischen Fraktion mit aller logischen Schärfe geschehen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion bedauert keinen Tendenzen und seinem Inhalt nach nicht eine Kampfstellung gegen die reaktionären Behörden der Republik, sondern eine bewußte und gewollte Freiheitserklärung der Masse, um diese an die Hindenburgrepublik zu binden. Wenn die sozialdemokratischen Antragsteller bei der Begründung ihres Antrages erläutert haben, sie meinen nicht diese Republik, sondern „die sozialistische“ so zeigt das nur, daß durch die Diskussion die kommunistischen Vertreter gezwungen waren, sich noch im Laufe der Beratungen zu entföhnen. Wenn sie erklären, sie haben mit dem Antrag nur eine Entblößung des Stadtrates beabsichtigt, so hätten sie dazu eine andere und viel bessere Gelegenheit gehabt. Sie brauchten gar nicht erst anzuzeigen, ob sie ihr Reichsverfassungstransparent aufstellen durften, schon nach sie dies gelten charakterisiert die Sozialdemokraten. Sie hätten das Transparent aufstellen und den Stadtrat dann zwingen lassen, gegen dasselbe einzustimmen. Dann wäre ohne Zweifel nicht ein parlamentarisches Manöver gewesen, sondern dan hätten die Arbeiter Dresdens einen wirklichen Wahlmachungsunterricht über die Hindenburgrepublik erhalten.



Einer solchen Erfüllung der Republik vor den Massen der Arbeiter weichen die sozialdemokratischen Führer aber aus. Sie wollen keinen ernsthaften Kampf um die Umänderung der Staatsform, keinen Kampf für die Herrschaft. Die sozialdemokratischen Führer haben sich mit der kapitalistischen Republik abgefunden. Sie sind zu jeder Maßnahme bereit, die die Massen der Arbeiter an die Hindenburgrepublik schickt. Ihr „Kampf“ steht nur nur gegen einzelne Gewalten, die zu unverantwortlichen Führern dabei einen Kampf um die Beamtenstellen. Das war der ganze Sinn des sozialdemokratischen Antrages. Er soll ein bisschen Wahlpropaganda machen, damit noch ein paar sozialdemokratische Führer rot, in den Dresdner Stadtrat einziehen können. Gleichzeitig soll der Antrag innerhalb der Arbeiterschaft die Illusion an den Parlamentarismus stärken. Im Grunde besitzt also der Antrag, die Massen vom Kampf um eine wirkliche Umgestaltung des kapitalistischen Staates abzuhalten.

Doch ein solches betrügerisches Manöver von den kommunistischen Vertretern nicht mitgemacht wurde, ist für jeden revolutionären Proletarier eine Selbstverständlichkeit. Die Kommunisten erklären den Arbeitern, daß ein Sturz der kapitalistischen Gesellschaft keineswegs durch parlamentarische Manöver herbeigeführt werden kann. Die kommunistischen Vertreter sagen den Arbeitern offen, daß auch ein sozialdemokratischer Stadtrat nichts anderes sein wird, als eine Behörde des reaktionären Staatsapparates. Diese Klarstellung war die wesentliche Aufgabe der kommunistischen Vertreter zur Beratung des Antrages. Sie mußten dabei selbstverständlich eine ehrlichlose Erfüllung der Demagogie der sozialdemokratischen Führer vornehmen.

Die Arbeiter wissen, daß die einzige wahren Kämpfer gegen die Reaktion die Kommunisten sind. Während die Sozialdemokraten jederzeit mit den dämonischen Parteien Koalition eingehen, lämpft die KPD entschieden gegen die Feinde des Proletariats. Sie hat deswegen alle Verfolgungen und Schikanen zu er dulden. Die besten Kämpfer sind in den Gefangen- und Justizhäusern, während die sozialdemokratischen Führer hohe Staatsposten der Hindenburgrepublik bekleiden und dort die Geschäfte der Bourgeoisie führen.

Der Kampf gegen die Reaktion kann nicht mit einem Appell an einen reaktionären Rat, sondern nur durch die Mobilisation der Massen gegen den reaktionären Staatsapparat geführt werden. Dieser Kampf aber führt nur die kommunistische Partei. Mit diesem Kampf wird die KPD gegenüber der Demagogie der SPD vor den Arbeitern bestehen können.

Diese Stellung hat unser Vertreter im Parlament ganz klar gestellt.

Und was glaubte die SPD darauf antworten zu müssen? Die Linken traten wieder auf den Platz: Rößl und Geiser, Rößl erklärte, für ihn gäbe es nur eine Fahne des Proletariats, die rote. Und Geiser stellte direkt die Behauptung auf, man meine ja mit dem Antrage gar nicht die gegenwärtige, sondern die sozialistische Republik. Man überlege die Logik: Man nennt den Rat reaktionär, monarchisch und will besseren Rat er suchen, den Gedanken der „sozialistischen“ Republik zu vertreten.“

Und nun die SPD-Presse: In wütenden persönlichen Anzettlungen glaubt man das Mittel gefunden zu haben, seine klug liche Republikanerkolle zu verleidern. Und mit einer geradezu unüberbietbaren Frechheit stellt man die Behauptung auf, die Kommunisten hätten den Rat „gereitet“. Wahrheitswidriger geht's wirklich nicht! Erstens: man verlangt von den Kommunisten, daß sie mit den Monarchien die Hindenburg-Republik teilen. Das heißt nichts anderes, als sich mit offenen Armen in eine Koalition bis zu Hindenburg und Lubendorff hineinzugeben. Man verlangt von uns, einzutreten für die „Sichermachung der republikanischen Farben“, der Farben, unter denen Rosa, Seckl und Müller die Arbeiterschaft heften, die zarten Zähnen des klassenbewußten Proletariats mit Arbeiterblut tränken.

Hätten wir also uns für den Antrag erklärt, dann hätten wir, nach Meinung der „Dresdner Volkszeitung“, den Rat nicht gereitet. Nun, wowo haben wir ihm denn gereitet? Vor dem Pariser Kongress? Vor der Beratung durch die deutsche Justiz, durch das Republikschutzgeklag? Man muß sich den SPD-Antrag daraufhin einige Male durchlesen, und es wird dann jedem Arbeiter klar werden, was Furchtbare die SPD mit Blüher vor hatte: kein Haar wollte sie ihm främmeln, um keinen Pfennig seine Einnahmen schwämmeln, kein Disziplinarverfahren gegen ihn beantragen, nichts, aber auch rein gar nichts sollte Blüher geschehen.

Wie kann man also sagen, die Kommunisten hätten den Rat gegen Blüher gereitet, da man ihm ja nichts tun wollte, als die Bestrafung des republikanischen Gedankens in seine bewährten Hände zu legen, da es also gar nichts zu retten gab.

Aber die Sache hat ein anderes, ein für die Arbeiterschaft sehr ernstes Gesicht. Sie soll sich nicht von solchen politischen Verbrechungsfunktionen aufs Güteis führen lassen. Bitte, wovon denn die Helden Geiser, Rößl, Dötsch und Genossen, als wir den Antrag stellten, auf Grund der Gemeindeordnung den Rat zum Teufel zu jagen? Hatten sie da nicht den Rat „gereitet“, jamm ihrem tüchtigen Bürgermeister, den Hausbesitzerfreund, den Blüher beinahe einmal geohrfeigt hätte? Wo waren die Herren „Ratsteinde“, als wir bei der Wiederwahl des Kultusministers verschwanden, auf dieer Posten einen proletarischen und sozialfühlenden Mann zu legen? Oder haben sie etwa nicht mitgeholfen, den republikanischen „Arbeiterfreund“ Dr. Küls zum Finanzminister zu wählen, obwohl ein proletarischer Bewerber aufgestellt und eine Mehrheit damals für ihn möglich war? Wo waren sie alle, die Unterzeichner des furchtbaren „Verdammungsantrages“, als wir gegen die Erweiterung der Rechte der Reaktion obstruierten? Hat sich nicht der selbe Blüher geschehen.

Wie kann man also sagen, die Kommunisten hätten den Rat gegen Blüher gereitet, da man ihm ja nichts tun wollte, als die Bestrafung des republikanischen Gedankens in seine bewährten Hände zu legen, da es also gar nichts zu retten gab.

Aber die Sache hat ein anderes, ein für die Arbeiterschaft sehr ernstes Gesicht. Sie soll sich nicht von solchen politischen Verbrechungsfunktionen aufs Güteis führen lassen. Bitte, wovon denn die Helden Geiser, Rößl, Dötsch und Genossen, als wir den Antrag stellten, auf Grund der Gemeindeordnung den Rat zum Teufel zu jagen? Hatten sie da nicht den Rat „gereitet“, jamm ihrem tüchtigen Bürgermeister, den Hausbesitzerfreund, den Blüher beinahe einmal geohrfeigt hätte? Wo waren die Herren „Ratsteinde“, als wir bei der Wiederwahl des Kultusministers verschwanden, auf dieer Posten einen proletarischen und sozialfühlenden Mann zu legen? Oder haben sie etwa nicht mitgeholfen, den republikanischen „Arbeiterfreund“ Dr. Küls zum Finanzminister zu wählen, obwohl ein proletarischer Bewerber aufgestellt und eine Mehrheit damals für ihn möglich war? Wo waren sie alle, die Unterzeichner des furchtbaren „Verdammungsantrages“, als wir gegen die Erweiterung der Rechte der Reaktion obstruierten? Hat sich nicht der selbe Blüher geschehen.

Betljura...

In Moskau weilt der französische Journalist Le Cache, der im Auftrag des Komitees der internationalen Liga für Wahl- und Menschenrechte (an deren Spitze Henri Barbusse steht) nach Polen abkommandiert wurde, um Material über die Judenpogrome, die während des Petljura-Regimes in der Ukraine stattfanden, zu sammeln.

Auch der Verteidiger Schwarzbarts, Torres, ist eingetroffen und stellt demnächst zusammen mit Le Cache, einer Einladung der ukrainischen Partei- und Regierungsgremien folgend, nach Charlem.

Der bevorstehende Prozeß gegen Schwarzbart, der Petljura niederschlägt, hat in ganz Frankreich reges Interesse hervorgerufen. Die Stimmung ist zugunsten von Sch.

Als Zeugen sind die Minister a. D. der Petljura-Regierung, der dämonische Konfus und einige Werthe vom dänischen Roten Kreuz aufgetreten.

Viele ukrainische Offiziere, die sich in Paris befinden, haben sich bereits erklärt, erhöhte Auslagen über die Pogromtätigkeit des ukrainischen Banditenführers, der Schätzende von Menschenleben auf dem Gewissen hat.

Die Familie Petljuras hatte sich an Wohlstand gewandt mit der Bitte, im Prozeß die Interessen der Zivilklagen zu vertreten. Der Herr Präsident a. D. hat aber Abhängigkeiten.

Den leidenden französischen Kreisen liegt es große Besorgnis ein, daß während der Gerichtsverhandlung sich evtl. herausstellen könnte, wer die eigentlich „Tat bestreitet“ während der von Petljura verantworlteten Pogrome und sonstigen Judenhetzen war. Es wurde daher geplant, Schwarzbart als irrtümig zu erklären und das Prozeßverfahren zu sistieren, was nicht gelingen wollte.

Ob der in Frankreich naturalisierte, russische Emigrant Schwarzbart bei Ausführung des terroristischen Amtes vor persönlichem Motiven geleitet, ob er aus Rache für den Tod ihm nachstrebender Personen zum Attentäter wurde, oder seine Kugel, die er auf Petljura abfeuerte, den Massenmord an seinen Landsleuten rächte, läßt sich heute noch nicht feststellen. Aber für jeden denkenden Menschen ist es klar, daß es sich hier um einen politischen, terroristischen Mord handelt. Die überzogene Justice will jedoch Schwarzbart zum gemetzelten Mörder kennzeichnen und seinen Kopf unter die Guillotine bringen...

Rößl mit dem Deutschen Nationalen Kohlmann zusammengelebt, um den berühmten Einigungsvorschlag anzuerkennen, der die Opposition der Kaiserpöbel ausschafft? Und haben sie nicht alle, die tapferen republikanischen Kämpfer, bei der Dissoziation erfordert den Rat auf den Thron gehoben? Haben sie nicht überall da und an anderen Stellen den Rat gestählt, gegen die kommunistischen Anträge gewettert und gestimmt? Haben sie nicht schließlich erklärt, man dürfe den Rat nicht beauftragen, sondern nur dran „erlauben“? Haben sie nicht dem Rat wenige Tage nach dem Volksentscheid dabei geholfen, dem Prinzen von Sachsen fünf Millionen nachzuweisen und die Arbeiterschaft Dresden mit einer jährlichen Finanzierung von einer halben Million zu belasten?

Wahrlich, es gehört eine tiefe Portion Freiheit dazu, nach solchen Heldentaten noch zu behaupten, die Kommunisten hätten den Rat gereitet.

Unserheit ist diese für die Arbeiterschaft geradezu gemeingefährliche Verdeckungspolitik.

Wirklich: es ist an der Zeit, daß die Dresdner Arbeiter erkennen, wie man sie über ihre eigenständigen Interessen durch Einander hinwegtäuschen will. Unterhöft ist auch die Beleidigung der Erwerbslosen durch Rößl, der sie als zu seige erklärt, den Kampf auf der Straße aufzunehmen, und der dem strengsten Regiment Kühns das Lob aussucht, doch er dadurch „Rude“ gewaffen hat. Und was würde der selbe Rößl sagen, wenn wir heute dieselben Kreise an die Straße rieten? Wären wir nicht dann die unvernünftigsten Subjekte, die die Hungenden in die Gewichte tragen?

Arbeiter Dresdens, seht euch diese Führer ganz genau an. Überdeckt die „Segnungen“ der Republik, die euch Rößl durch Blüher verrieten lassen will. Macht euch frei von den republikanischen Illusionen. Läßt die schwarzen und goldenen Fahnen des Hindenburg „Frei“-States getrost in der Tasche liegen. Läßt statte im Kampf um eure Freiheit und euer Recht die leuchtende Fahne Bebels, Wilhelm und Karl Liebknechts:

„Ihr Fahne Rot!

Das Geschenk an die Hohenzollern

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, soll heute im Finanzministerium in Preußen eine Versammlung des Finanzministers mit den Fraktionsführern über die Hohenzollernförderung stattfinden. Die Zustimmung der Fraktionsführer des Landtagsmeisters soll gefordert sein.

Während der Sohn des Kronprinzen in der Reichswehr Bürgerkrieg studiert, ließt Preuen den Hohenzollern die Mittel zum Kampf gegen das Proletariat. Die Millionen, die ihre Stimmen beim Volksentscheid abgegeben, werden nicht beachtet. Die gesamte Arbeiterschaft muß entscheiden gegen diese Absicht protestieren.

Der Gemeinauschuß in München

In München findet jetzt eine Tagung des Gemeinauschusses des Reichstags statt. Die bayerische Regierung hat einen gewaltigen Polizeiaufmarsch angeordnet. Das ganze Quartier des Gebäudes liegt voll Polizei. Genossen Wünzenberg fordert die Entfernung derselben. Der Vorsteher erklärt, daß die Polizei zum Schutz der Abgeordneten aufmarschiert sei. Von dem Beichterstaatler Leo liegt ein 100 Seiten starker Bericht vor. Der Beichterstaatler des Auswärtigen verzicht gleich zur Einleitung, die Feststellungen über die Münchner Feindseligkeiten umzugehen. Er erklärt, Leo sei zu einer Menge Todesfälle gekommen. Es ist ganz klar, der Ausschuß soll nicht die Tatsachen feststellen. Es gilt vielmehr, die Münchner Justiz, vor allem den Justizminister reinzuwaschen. Die Abfahrt wird in der ersten Verhandlung sofort klar.

Die Vertreter der KPD werden alles unternehmen, um Verschleierungen zu verhindern.



Das elementarste Menschheitsgefühl verlangt die Inschaltung Schwarzbarts. Der Freispruch, der für ihn erklungen werden muß, wird eine Verurteilung der von Petljura initiierten Judenhetzen und Massenmorde sein, ein Verdict, das auf „schuldig“ lautet — Sanction der an Tausenden von Frauen, Kindern, Greisen von den Petljurabanden verübten Schänden und Morde.

Im Vergleich zu der Pogromtätigkeit der Petljura-Soldateska in der Ukraine in den Jahren 1918—1919 sind die Judenmorde von 1881—1905 nur ein Kinderspiel.

Die Pogrome von Kishinev und Homel, die seinerzeit einen wahren „Sturm der Entzündung“ in der ganzen „zivilisierten“ Welt hervorriefen, sind nur blasse „Miniaturen“.

Was in der Ukraine zu Zeiten Petljuras und Denikins passierte, darüber schwiegen merkwürdigerverweise alle Reden. Damals war die meiste europäische Bourgeoisie damit beschäftigt, den Kampf für „Gerechtigkeit, für Gleichheit“ zu betreiben. Sie konnte ruhig zusehen, wie im Laufe von rund zwei Jahren in der Ukraine die jüdische Bevölkerung von den Petljurabanden wie Schlachthof hingerichtet wurde.

Die „zivilisierte Welt“ hatte kein Auge für dieses grausige Schauspiel. Lassen wir die Zahlen reden.

Alein in Petljura wurden im Laufe eines Tages 3000 Menschen hingerichtet. Häufig waren auf den Straßen die Leichen von Frauen, Kindern, Greisen aufgetürmt. Im kleinen Flecken Kosow, der nur 10 000 Einwohner zählte, mordeten die Petljurabanden während eines zweitägigen Pogroms 2000 Menschen (20 Prozent der Gesamtbevölkerung).

In Tschelatyn dauerten die Pogrome Wochen, Monate. In Elizawetgrad wurden an einem einzigen Tage mehr Menschen getötet, als während der 690 Pogrome, die im Jahre 1905 in ganz Russland stattfanden.

In Uman dauernten die Pogrome ganze zwei Jahre. Zu Petljuras Zeiten mußten in Hunderten von Städten und Kleinstädten die gesamte jüdische Bevölkerung die Flucht ergreifen. Unterwegs wurden die Flüchtlinge von den Petljurabanden eingekesselt und zu Tode gemordet.

Nach den überschäumenden Berichten des „Hilfslomitees für Pogromopfer“ (Sektion des Internationalen Roten Kreuzes) haben die regulären Truppen Petljuras in den Jahren 1918/19 in 128 Ortschaften circa 15 000 Menschen umgebracht. Die

Protest gegen die Niedner-Justiz

Im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion legten die Genossen Torgler und Rosenberg bei dem Reichsjustizminister Bell gegen die neuesten Rechtsbrüche der Niedner-Kammer Protest ein. Es wurde besonders auf das letzte Reichsgerichtshof, gegen zwei hamburgische Arbeitnehmer hingewiesen, wobei Niedner teilnahm, daß jeder kommunistische Funktionär gegen zwei Hamburg-Arbeiter hingewiesen, wobei Niedner schließlich gemacht werden muß. Ferner kam der Fall des Genossen Matows, dem ein mehrjähriges Gefängnisstrafe u. a. wegen seiner Tätigkeit als kommunistischer Krieger zuwiderrichtet wurde. Herr Bell erwies sich, daß er die einzelnen Urteile nachprüfen werde. Auch auf den Prozeß wegen der Inhaftierung des Genossen Schumann amworte Bell auswendig.

Die Genossen Torgler und Rosenberg betonten ferner, daß es unerträglich sei, jetzt noch dem Prozeß gegen die KPD-Zentrale von 1923 zu führen, während täglich die ungeheuren Gewalttaten und Verbrechen der Rechtsorganisationen ans Tageslicht kommen. Herr Bell erwiderte, daß er nicht befugt sei, in die Kompetenz des Reichsgerichts einzutreten. Wenn es tatsächlich keine formale Möglichkeit gibt, den Standort-Zentraleprozeß zu verhindern, so muß eine besondere Justizkommission durch Erwingung einer allgemeinen Amnestie verhindert werden. Wenn die Arbeiterschaft den nötigen Druck ausübt, ist es möglich, der herrschenden Klasse die Amnestie für die Justizkosten des proletarischen Kampfes abzuzwingen.

Für den Kongreß der Werkstätigen

Kemnich. Am Sonntag tagte in Kemnich eine Konferenz der Einheitskomitees, die von fast 100 Delegierten besucht wurde. Es wurden zwei Delegierte zum Kongreß der Werkstätigen gewählt und die Vorbereitungen zur Finanzierung des Kongresses getroffen. Die Vertreter aller Organisationen brachten zum Ausdruck, daß der Kongreß der Werkstätigen den Weg finden muß, die gesamte deutsche Arbeiterschaft im Bunde mit allen unterdrückten Schichten der Bevölkerung zu den imperialistischen und kapitalistischen Ausbeutern zu bringen. Die Wahl der Delegierten erfolgte einstimmig.

Das Brenner-Personal der Überabteilung der Firma Rosenthal in Selb (Nordbayern) erklärte sich in einer Enthaltung für den Kongreß der Werkstätigen.

Eine Vorzellanarbeiterversammlung in Neustadt (Nordbayern) nahm eine Resolution an, die vom Gewerkschaftsrat die Befreiung des Kongresses der Werkstätigen fordert.

Lohnkampf im südlichen Bergbau

Die Grubenbesitzer fordern Abbau der Bergarbeiterlöhne.

Die Bergarbeiter im südlichen Steinkohlenbergbau haben vor kurzem den Lohntarif geflüchtigt und eine Erhöhung der Grundlöhne um 10 Prozent beantragt. Darauf haben die Arbeitgeber ihrerseits eine Herabsetzung der Mindestlöhne prozent unter Tage von 60 auf 60 Prozent und eine entsprechende Herabsetzung der Mindestlöhne von 5,50 auf 3,30 Mark beantragt. Die Entscheidung des Schichtlers steht noch aus.

Bor einem allgemeinen Beamtenstreik in Österreich?

Wien, 8. Oktober. (Telunion.) Die innerpolitische Lage hat sich in Österreich neuendings sehr verschärft. Die Weigerung der Regierung, die Verhandlungen mit den Bundesbeamten an dem von ihr ursprünglich festgelegten Zeitpunkt wieder aufzunehmen und die neuere Verabschaffung des Textes um eine Woche hat in der Beamtenheit außerordentliche Erregung hervorgerufen, die auch in den Verbänden der Organisation zum Ausdruck kam. Die Vertreter der Beamten erklärten, die neuere Veränderung des Beamtenproblems sei unannehmbar. Der Ausschluß stellte seit, daß es der Bundeskanzler absichtlich habe, die Vertreter der Beamten zu empfangen und ihre Wünsche entgegenzunehmen. Die Entscheidung, die von den Vertretern der Bundesbeamten gefasst wurde, läßt sich mit der Bemerkung, daß die Verabschaffung eine Situation geschaffen habe, zu der nunmehr die Vertreterauschüsse Stellung nehmen müssten. Von den Vertretern ausgeschlossen wurde verfügt, daß vorbereitende Streitankündigungen an die Allgemeinkomitee in den Ländern noch am Dienstag telegraphisch abhängen. Man rechnet damit, daß es, falls sich die Regierung nicht noch in letzter Minute zu sofortigen Verhandlungen bereitfinden würde, am Freitag zum Ausbruch eines allgemeinen Beamtenstreiks kommt.

Französische Justiz gegen Antimilitaristen

Trier. Am Freitag wurde hier vor dem Kriegsgericht der 33. Division der Prozeß gegen 7 Angeklagte (5 französische Soldaten, 1 polnische und 1 deutsches Zwischen) wegen antimilitaristischer Propaganda geführt und nach zweitägiger Verhandlung folgendes Urteil gefällt: Werner (in Abwesenheit) 5 Jahre Gefängnis, Rouffange (französischer Staatsangehöriger) 3 Jahre Gefängnis, Boutourel (Sergeant) 3 Jahre Gefängnis, Reige (Sergeant) 2 Jahre Gefängnis, Eijo (deutscher Staatsangehöriger) 2 Jahre Gefängnis, Aubertin (Korporal) 1½ Jahre Gefängnis, Heutgen (Soldat) 1½ Jahre Gefängnis, Mouren (Soldat) 1 Jahr Gefängnis mit Bewährungsfrist.

Banden Sokolowksi (eine Kreatur Petljuras) verübteten im Raum Radomir-Skitomir 12 Ortschaften und mordeten 3000 Menschen. Die Bande Sitruk (Kanton Tschernowitz) vernichtete 41 Ortschaften. Weitere Bandenführer (Selanowski, Grigoroff, Golub) machten mehr als 10 000 Menschen den Toten.

An der Spitze

An alle Mitglieder des AGGD!

Zugendgenossen!

Die Hamburger Hafenarbeiter befinden sich im Streit. An einer entscheidenden Stelle der deutschen Wirtschaft hat der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung begonnen. Der Hamburger Hafenarbeiterstreik ist zugleich der erste Versuch einer aktiven Unterstützung unserer englischen Klassenbrüder.

Zugendgenossen!

Welche Aufgaben hat in dieser Zeit der Kommunistische Jugendverband? Er muß in erster Linie der deutschen Jungarbeiterchaft klarmachen, daß der Hamburger Streik ein Kampf für die Erhöhung der Löhne, für die Wiedererlangung des Achttundertages ist.

Der Ausgang des Hamburger Kampfes ist daher von allgemeiner Bedeutung für alle Arbeiter.

Darüber hinaus ist der Hamburger Streik auch ein Kampf für das Streikrecht, insbesondere ein Kampf für das Streikrecht der Lehrlinge.

Im Hamburger Hafen arbeiten einige hundert Lehrlinge. Auf Basis ihres Lehrvertrages ist ihnen jede Beteiligung am Streik verboten worden, obwohl auch ihnen das Streikrecht gesetzlich zusteht. So werden jugendliche Arbeiter als Streikbrecher gegen ihre erwachsenen Klassenbrüder verurteilt! Das ist ein Schulbeispiel für alle kommenden Kämpfe.

Darum muß der Hamburger Streik ein Anlauf sein, überall — in den Gewerkschaftsjugendktionen, in den Betrieben und Fortbildungsschulen — die Jungarbeiter für unsere Forderungen zu sammeln:

Für die Forderungen der jugendlichen Arbeiter!
Für die aktive Unterstützung des Hamburger Kampfes!

Für das Koalitions- und Streikrecht der jugendlichen Arbeiter!

Für die Abschaffung der privaten Lehrverträge!

Für die Regelung aller Fragen der Arbeit und Ausbildung der Lehrlinge durch Tarifverträge unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte!

Neben der Agitation für diese Forderungen gilt es, den Hamburger Streikenden sofort praktische Hilfe

zuladen zu lassen.

Bejegt euch sofort Sammellisten der Partei und organisieren die Sammlungen in Betrieb, Gewerkschaft und in den Wohnhäusern!

Stellt in den Gewerkschaftsjugendktionen und Sportorganisationen Auträte auf finanzielle Unterstützung der Hamburger Hafenarbeiter.

Der Hamburger Streik muß ein Anlauf sein, um in allen Teilen des Reiches auch in den anderen Industrien einen Anlauf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu verschaffen.

Zeigt, daß der KGB in der Tat die Vanguarde des Proletariats ist. Sorgt dafür, daß der Hamburger Streik ein siegreicher Kampf der Gesamtarbeiterchaft wird.

Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands.

Gemeinsame Landes- und Gemeindewahlen abgelehnt!

Abstimmung vom 5. Oktober.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Präsident Winkler mir, daß Abg. Günther aus der deutsch-demokratischen Fraktion ausgetreten ist. (Duo-Klub links.)

Zum ersten Punkt der Tagesordnung,

die Abberufung des Landeswahlgeuges

durchsetzend, erklärt Genosse Rennert zur Geschäftsausordnung, daß letztmals auf dem Antrag des Rechtausschusses die kommunistischen Anträge nicht vermerkt worden seien, obgleich dem Vorhenden des Ausschusses bekannt war, daß die kommunistische Fraktion ihre Anträge als Minderheitsanträge ehrlich erhalten habe. Er beantragt, daß die Minderheitsanträge ebenfalls zu berücksichtigen seien. Auch der Abg. Rehberg (Soz.) stellt das Fehlen eines sozialdemokratischen Entschließungsantrages fest. Der Behandlung der Minderheitsanträge wird zugestimmt. Nachdem der Berichterstatter Dr. Hühnemann (Frp.) die Annahme der Mehrheitsanträge empfohlen hat, erklärt der Abg. Rehberg (Soz.) seine Zustimmung zur Vorlage unter Vorauslegung der Ablehnung der volksparteilichen Vorschläge und tritt für die Einrichtung von Wahlbezirken in den Kreis- und Kreisgruppenstimmen ein. Zu den kommunistischen Anträgen erklärt er, daß seine Fraktion die Forderung auf gemeinsamen Wahlkreis für Landes- und Gemeindewahlen ablehne, den anderen kommunistischen Anträgen aber zustimmen werde.

Der Regierungsvertreter wendet sich scharf gegen die Mehrheitsanträge.

Genosse Rennert: Die Vorlage, die die finanziellen

Berechtigungen für neue Listen vorsieht, bedeutet eine Beschränkung des Wahlrechts. Splitterpartien müssen politisch nicht mit solchen Mitteln belohnt werden. Die volksparteiliche Forderung nach Listenverbindung ist ein parteiatisches Maßnahmen der Bürgerlichen zur Sicherung ihrer Positionen; wir jedoch deshalb diesen Antrag ab. Unsere Forderung auf gemeinsame Durchführung der Landes- und Gemeindewahlen steht gerade ungeheuer der Fassade, daß Sachsen „nur“ 72 Millionen Dejsig zu erwarten hat. Widerhall finden. Die Fragen in den Gemeinden sind gar nicht so grundverschieden von denen im Lande und eine so herbeigeführte Entscheidung wäre politisch offener.

Abg. Böhme (ASPS) wendet sich natürlich gegen die Mehrheitsanträge und lehnt sich für die Vorlage ein.

Die Abstimmung über die volksparteilichen Listenverbindungsanträge wird nominell vorgenommen. Geschlossen stimmen für sie: Deutschnationale, Volkspartei, Demokraten. Sie wird mit 47 gegen 42 Stimmen abgelehnt.

Die kommunistischen Anträge werden gegen Kommunisten und linke Sozialdemokratie abgelehnt. Die Mehrheitsanträge werden angenommen. Gegen die Geldklausel für neue Listen stimmen lediglich die Kommunisten.

Der kommunistische Antrag auf gemeinsame Durchführung der Landes- und Gemeindewahlen wird gegen die kommunistischen Stimmen von sämtlichen anderen Parteien abgelehnt.

Die Vorlage wird angenommen.

Die Vorlagen über den Verkauf der staatlich-elektrischen Straßenbahnen an die Straßenbahn Görlitz-Pölitz GmbH. und über den Verkauf des Revierelles „Die Scheren“ des Staatstreiblers Psauta an die Stadt Chemnitz zur Anlage eines Waldriedhofes werden angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Pläne Sitzung: Donnerstag, den 7. Oktober. Auf der Tagesordnung stehen Anträge zur Indexierung der Flot der Erwerblosen.

Die Frauen-Delegation in der Sowjet-Union

Sehn Tage in Sowjetrußland

Von Anna Höhmann (SPD)

Soll ich mich auf russischen Boden befinde, kommt mir mit jedem Tage mehr zum Bewußtsein, daß ich in einem Arbeiterschatzat weile. Alles was ich bis jetzt gesehen und gehört habe, legt ein bedeutes Zeugnis dafür ab.

Zuerst ich ich ein Mutter- und Kinderheim in Leningrad, das in jeder Hinsicht erstklassig ist, auf großzügiger Grundlage ist die Fürsorge für die Schwangere aufgebaut.

Wohl habe ich in Deutschland gelesen, daß in Russland die Frau 2 Monate vor und 2 Monate nach der Geburt beobachtet wird, aber als Arbeiterin, die lange im Betriebsleben steht, weiß ich auch, daß es auch bei uns gute Sorge gibt, die nur auf dem Papier stehen. Sowjetrußlands Sorge für Mutter und Kind sieht nicht nur auf dem Papier, sie werden in jedem Betrieb mit aller Konsequenz durchgeführt. Neben ihrem vollen Lohn erhält die Mutter vollständig freie Einbindung und zweimal eine größere Geldsumme. Sie kann mit voller Ruhe ihre schweren Stunden entgegensehen.

Musterhaft sind die Kindertrupps, welche den Betrieben angegliedert sind. Jede Mutter kann hier ihr Kind bis zum Alter von 3 Jahren treuen Händen übergeben. Zwei mal am Tage stillt sie in der Krippe ihr Kind. Sie selbst bekommt dort ebenfalls Essen. Die größeren Kinder werden einmal täglich geweist. Aber nicht wie in Deutschland werden in dieser Krippe der Proletiatraut noch die leichten Gruppen aus der Tochter gezeigt, wenn sie ihr Kind in eine Bewahranstalt gibt, sondern alles ist vollständig kostenlos. Die Krippe, die wir durchweg an jedem Betrieb finden, ist der Sitz der Arbeiter und wird auf Betriebsbasis unterhalten. In allen diesen Anstalten finden wir geschultes Pflegepersonal und peinliche Sauberkeit vor.

Es ist mir in den wenigen Tagen klar geworden, daß unsere deutschen sozialen Erklärungen, die ich bisher als einen bedeutenden Schritt anschaute, nämlich den Sozialismus näher betrachten, durch die russischen Maßnahmen weit überholt sind. Hier nämlich werden sie wirklich den Bedürftigen zugewährt.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind bedeutend bessere als bei uns in Deutschland. Fehlt es den russischen Arbeitern auch noch an Textilwaren, so ist ihre Ernährung durchaus sicher gestellt. Man sieht hier nicht wie in Deutschland so unterernährte Gesichter. Der Durchschnittsverdienst einer Arbeiterin ist 70 Rubel (etwas über 150 M.). Unsere Forderung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ist durchgeführt, wodurch wir uns in den Betrieben überzeugen konnten. Weiter darüber hinaus ist man bestrebt, alle Arbeiter und vor allen Dingen die Arbeiterinnen zu qualifizieren. Es gibt ausgedehnte Betriebschulen jeder Art.

Die weiblichen Arbeitskräfte haben also hier in jeder Hinsicht die Möglichkeit zu einem Aufstieg. Man bildet sehr viele Spezialitäten aus.

Eine besondere bemerkenswerte Einrichtung sind die Nachsanatorien, die den Arbeitern ermöglichen, neben ihrer Arbeit in ärztlicher Behandlung und Aufsicht zu sein. Der Aufenthalt in diesen Sanatorien wählt durchschnittlich 2 Monate und zwar werden hier Rekonvaleszenzbedürftige (für die in Deutschland die Kosten und Versicherungen fast gar nichts tun) und leicht Erkrankte behandelt.

Wie mühevoller Schuhwerk erhält der deutsche Arbeiter 3-8 Tage Ferien, die er natürlich nicht für seine Schholung verwenden kann, weil er dazu keine Mittel besitzt. Dem russischen Arbeiter stehen in jedem Jahr 14 Tage Urlaub zu. In manchen Fällen, gefährliche Berufe usw. werden 4 Wochen Ferien gewährt.

In Krankenhäusern, erweitert sich derdelle natürlich nach Bestimmung des Arztes. Jedem Sozialist stehen eine größere Anzahl Stellen in Arbeitersiedlungen zur Verfügung. Diese Stelle sind ehemalige Arbeiterhäuser und Unternehmenssiedlungen. Sie sind hervorragend ausgestattet.

Sämtliche Schäfe im Sowjetstaat sind in Museen wohlgeordnet der Nachwelt erhalten und werden gehütet. Es herrscht im russischen Proletariat eine Zuversicht, ein Vertrauen auf seine Führer und einen Sozial auf das, was es sich in schwerem Kampfe ertrungen.

Eine seltsame bemerkenswerte Einrichtung sind die Nachsanatorien, die den Arbeitern ermöglichen, neben ihrer Arbeit in ärztlicher Behandlung und Aufsicht zu sein. Der Aufenthalt in diesen Sanatorien wählt durchschnittlich 2 Monate und zwar werden hier Rekonvaleszenzbedürftige (für die in Deutschland die Kosten und Versicherungen fast gar nichts tun) und leicht Erkrankte behandelt.

Wie mühevoller Schuhwerk erhält der deutsche Arbeiter 3-8 Tage Ferien, die er natürlich nicht für seine Schholung verwenden kann, weil er dazu keine Mittel besitzt. Dem russischen Arbeiter stehen in jedem Jahr 14 Tage Urlaub zu. In manchen Fällen, gefährliche Berufe usw. werden 4 Wochen Ferien gewährt.

In Krankenhäusern, erweitert sich derdelle natürlich nach Bestimmung des Arztes. Jedem Sozialist stehen eine größere Anzahl Stellen in Arbeitersiedlungen zur Verfügung. Diese Stelle sind ehemalige Arbeiterhäuser und Unternehmenssiedlungen. Sie sind hervorragend ausgestattet.

Sämtliche Schäfe im Sowjetstaat sind in Museen wohlgeordnet der Nachwelt erhalten und werden gehütet. Es herrscht im russischen Proletariat eine Zuversicht, ein Vertrauen auf seine Führer und einen Sozial auf das, was es sich in schwerem Kampfe ertrungen.

Eine seltsame bemerkenswerte Einrichtung sind die Nachsanatorien, die den Arbeitern ermöglichen, neben ihrer Arbeit in ärztlicher Behandlung und Aufsicht zu sein. Der Aufenthalt in diesen Sanatorien wählt durchschnittlich 2 Monate und zwar werden hier Rekonvaleszenzbedürftige (für die in Deutschland die Kosten und Versicherungen fast gar nichts tun) und leicht Erkrankte behandelt.

Wie mühevoller Schuhwerk erhält der deutsche Arbeiter 3-8 Tage Ferien, die er natürlich nicht für seine Schholung verwenden kann, weil er dazu keine Mittel besitzt. Dem russischen Arbeiter stehen in jedem Jahr 14 Tage Urlaub zu. In manchen Fällen, gefährliche Berufe usw. werden 4 Wochen Ferien gewährt.

In Krankenhäusern, erweitert sich derdelle natürlich nach Bestimmung des Arztes. Jedem Sozialist stehen eine größere Anzahl Stellen in Arbeitersiedlungen zur Verfügung. Diese Stelle sind ehemalige Arbeiterhäuser und Unternehmenssiedlungen. Sie sind hervorragend ausgestattet.

Sämtliche Schäfe im Sowjetstaat sind in Museen wohlgeordnet der Nachwelt erhalten und werden gehütet. Es herrscht im russischen Proletariat eine Zuversicht, ein Vertrauen auf seine Führer und einen Sozial auf das, was es sich in schwerem Kampfe ertrungen.

Eine seltsame bemerkenswerte Einrichtung sind die Nachsanatorien, die den Arbeitern ermöglichen, neben ihrer Arbeit in ärztlicher Behandlung und Aufsicht zu sein. Der Aufenthalt in diesen Sanatorien wählt durchschnittlich 2 Monate und zwar werden hier Rekonvaleszenzbedürftige (für die in Deutschland die Kosten und Versicherungen fast gar nichts tun) und leicht Erkrankte behandelt.

Wie mühevoller Schuhwerk erhält der deutsche Arbeiter 3-8 Tage Ferien, die er natürlich nicht für seine Schholung verwenden kann, weil er dazu keine Mittel besitzt. Dem russischen Arbeiter stehen in jedem Jahr 14 Tage Urlaub zu. In manchen Fällen, gefährliche Berufe usw. werden 4 Wochen Ferien gewährt.

In Krankenhäusern, erweitert sich derdelle natürlich nach Bestimmung des Arztes. Jedem Sozialist stehen eine größere Anzahl Stellen in Arbeitersiedlungen zur Verfügung. Diese Stelle sind ehemalige Arbeiterhäuser und Unternehmenssiedlungen. Sie sind hervorragend ausgestattet.

Sämtliche Schäfe im Sowjetstaat sind in Museen wohlgeordnet der Nachwelt erhalten und werden gehütet. Es herrscht im russischen Proletariat eine Zuversicht, ein Vertrauen auf seine Führer und einen Sozial auf das, was es sich in schwerem Kampfe ertrungen.

Eine seltsame bemerkenswerte Einrichtung sind die Nachsanatorien, die den Arbeitern ermöglichen, neben ihrer Arbeit in ärztlicher Behandlung und Aufsicht zu sein. Der Aufenthalt in diesen Sanatorien wählt durchschnittlich 2 Monate und zwar werden hier Rekonvaleszenzbedürftige (für die in Deutschland die Kosten und Versicherungen fast gar nichts tun) und leicht Erkrankte behandelt.

Wie mühevoller Schuhwerk erhält der deutsche Arbeiter 3-8 Tage Ferien, die er natürlich nicht für seine Schholung verwenden kann, weil er dazu keine Mittel besitzt. Dem russischen Arbeiter stehen in jedem Jahr 14 Tage Urlaub zu. In manchen Fällen, gefährliche Berufe usw. werden 4 Wochen Ferien gewährt.

In Krankenhäusern, erweitert sich derdelle natürlich nach Bestimmung des Arztes. Jedem Sozialist stehen eine größere Anzahl Stellen in Arbeitersiedlungen zur Verfügung. Diese Stelle sind ehemalige Arbeiterhäuser und Unternehmenssiedlungen. Sie sind hervorragend ausgestattet.

Sämtliche Schäfe im Sowjetstaat sind in Museen wohlgeordnet der Nachwelt erhalten und werden gehütet. Es herrscht im russischen Proletariat eine Zuversicht, ein Vertrauen auf seine Führer und einen Sozial auf das, was es sich in schwerem Kampfe ertrungen.

Eine seltsame bemerkenswerte Einrichtung sind die Nachsanatorien, die den Arbeitern ermöglichen, neben ihrer Arbeit in ärztlicher Behandlung und Aufsicht zu sein. Der Aufenthalt in diesen Sanatorien wählt durchschnittlich 2 Monate und zwar werden hier Rekonvaleszenzbedürftige (für die in Deutschland die Kosten und Versicherungen fast gar nichts tun) und leicht Erkrankte behandelt.

Wie mühevoller Schuhwerk erhält der deutsche Arbeiter 3-8 Tage Ferien, die er natürlich nicht für seine Schholung verwenden kann, weil er dazu keine Mittel besitzt. Dem russischen Arbeiter stehen in jedem Jahr 14 Tage Urlaub zu. In manchen Fällen, gefährliche Berufe usw. werden 4 Wochen Ferien gewährt.

In Krankenhäusern, erweitert sich derdelle natürlich nach Bestimmung des Arztes. Jedem Sozialist stehen eine größere Anzahl Stellen in Arbeitersiedlungen zur Verfügung. Diese Stelle sind ehemalige Arbeiterhäuser und Unternehmenssiedlungen. Sie sind hervorragend ausgestattet.

Sämtliche Schäfe im Sowjetstaat sind in Museen wohlgeordnet der Nachwelt erhalten und werden gehütet. Es herrscht im russischen Proletariat eine Zuversicht, ein Vertrauen auf seine Führer und einen Sozial auf das, was es sich in schwerem Kampfe ertrungen.

Eine seltsame bemerkenswerte Einrichtung sind die Nachsanatorien, die den Arbeitern ermöglichen, neben ihrer Arbeit in ärztlicher Behandlung und Aufsicht zu sein. Der Aufenthalt in diesen Sanatorien wählt durchschnittlich 2 Monate und zwar werden hier Rekonvaleszenzbedürftige (für die in Deutschland die Kosten und Versicherungen fast gar nichts tun) und leicht Erkrankte behandelt.

Wie mühevoller Schuhwerk erhält der deutsche Arbeiter 3-8 Tage Ferien, die er natürlich nicht für seine Schholung verwenden kann, weil er dazu keine Mittel besitzt. Dem russischen Arbeiter stehen in jedem Jahr 14 Tage Urlaub zu. In manchen Fällen, gefährliche Berufe usw. werden 4 Wochen Ferien gewährt.

In Krankenhäusern, erweitert sich derdelle natürlich nach Bestimmung des Arztes. Jedem Sozialist stehen eine größere Anzahl Stellen in Arbeitersiedlungen zur Verfügung. Diese Stelle sind ehemalige Arbeiterhäuser und Unternehmenssiedlungen. Sie sind hervorragend ausgestattet.

Sämtliche Schäfe im Sowjetstaat sind in Museen wohlgeordnet der Nachwelt erhalten und werden gehütet. Es herrscht im russischen Proletariat eine Zuversicht, ein Vertrauen auf seine Führer und einen Sozial auf das, was es sich in schwerem Kampfe ertrungen.

Eine seltsame bemerkenswerte Einrichtung sind die Nachsanatorien, die den Arbeitern ermöglichen, neben ihrer Arbeit in ärztlicher Behandlung und Aufsicht zu sein. Der Aufenthalt in diesen Sanatorien wählt durchschnittlich 2 Monate und zwar werden hier Rekonvaleszenzbedürftige (für die in Deutschland die Kosten und Versicherungen fast gar nichts tun) und leicht Erkrankte behandelt.

Wie mühevoller Schuhwerk erhält der deutsche Arbeiter 3-8 Tage Ferien, die er natürlich nicht für seine Schholung verwenden kann, weil er dazu keine Mittel besitzt. Dem russischen Arbeiter stehen in jedem Jahr 14 Tage Urlaub zu. In manchen Fällen, gefährliche Berufe usw. werden 4 Wochen Ferien gewährt.

In Krankenhäusern, erweitert sich derdelle natürlich nach Bestimmung des Arztes. Jedem Sozialist stehen eine größere Anzahl Stellen in Arbeitersiedlungen zur Verfügung. Diese Stelle sind ehemalige Arbeiterhäuser und Unternehmenssiedlungen. Sie sind hervorragend ausgestattet.

Freiberg

6. Oktober 1923: Neubildung der Großen Koalition unter Stresemann. An Stelle Hilferding (Finanz) Dr. Luther, an Stelle Raumers (Wirtschaft) Dr. Koehl, an Stelle Lüders (Ernährung) Graf v. Rantz. — 1921: Wiesbadener Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich (über Sachleistungen). — 1919: „Industrie-Konferenz“ in Washington zur Lösung des Problems der „industriellen Färbung“. — 1918: Revolution in Bulgarien. Tutsch König Ferdinand II. — 1855: Sozialdemokratischer Parteitag in Dresden. — 1848: Zeughaussturm in Wien. — 1789: Überredung Ludwig XVI. und der Nationalversammlung nach Paris.

Polizeiausstellung

(Von Flagell.)

Die Polizei ist der gute Engel,
der schützend zu unseren Häuptern schwimmt,
der unter heutiges Menschenbedrängel
in Liebe zu Ruhe und Ordnung bringt.

Sie hält ihre Hand über alles Seelende
in Wahrung großer Vergangenheit,
und schlägt im freigerechten Kampf die Feinde
von Eigentum, Ordnung und Sittlichkeit.

Hier hat sie in großen Ausstellungshallen
begeisterte Freunde zusammengestellt,
in friedlichem Wettkampf mit allen
Kulturrationen der ganzen Welt.

Da steht die allgemeinsten Verbrenner;
Der Aufzweckbude, der Kinderadlat,
der Eisenbahnauber, Messerstecher,
der Geldräuber, der Kommunist.

Das nennt man Menschheitsentwicklung vermittelst
Pistole und Untersuchungshaft.
Die Philosophie des Hammelsauftaus
ist eine erhabene Wissenschaft!

Drum halten wir still vor'm Kaiserentrieb!
Wie wissen doch nun, daß der Polizist
nicht nur ein unentbehrliches Uebel,
sondern sogar ein Kultursalter ist.

*) Aus der Berliner „Welt am Abend“.

35 633 Unterstüzungsempfänger

Die augenblickliche leichte Entspannung der Lage auf dem Arbeitsmarkt hält an, da in mehreren Berufsguppen die Nachfrage steigt blieb und die in den Lohnberufen untergebrachten Kräfte infolge der vorläufig noch günstigen Witterung noch nicht zur Rückkehr gezwungen worden sind. Nach dem Bericht des Arbeitsnachweises standen in der vergangenen Woche 2215 Neumeldungen von Arbeitssuchenden 2898 Abgängen gegenüber. Der Bestand an Arbeitsuchenden vergrößerte sich um 494 auf 30.840 gegen 30.824 in der Vorwoche. Gestiegen ist aber die Zahl der Unterstüzungsempfänger. Während in der vorhergehenden Woche 35 597 Personen unterstützt wurden, betrug die Zahl in der Berichtswoche 35 633. Davon waren 21 157 Erwerbslose, 12 848 Zuflügelsempfänger und 1628 Kurzarbeiter. Die Zahl der nichtunterstützten Kurzarbeiter beträgt schätzungsweise 5500.

Nationale Methoden im Arbeitsnachweis

Doch Herr Reichmann die Proleten als Helden betrachtet, konnte man am Montag früh deutlich auf dem neuen Arbeitsnachweis Motorstraße, der nebenbei gelagert schon den Namen „Neues Bezirkskommando“ von den Erwerbslosen erhalten hat, beobachten. Hunderte von Erwerbslosen hatte man von 7 bis 8 Uhr zum Stempeln bestellt. Die nun, vom Hunger getrieben, sich schon um 7 Uhr eingefunden hatten, wurden sehr enttäuscht. Am Tor hieß es, die Fachabteilungen werden erst 7,30 Uhr geöffnet, alles draußen warten. Geduldig blieben die Hungenden bis 7,30 Uhr auf der Straße. Zur gegebenen Zeit stürzte sich alles nach den Fachabteilungen. Natürlich keine Arbeit. Zahlbogen in Empfang genommen und nach der Kasse. Aber sehe da: die Kasse ist zu. Um 8 Uhr wird die Kasse geöffnet. „Gehen Sie einzutreten in den Warter Raum“, erinnert die Stimme des Aufsichtsbeamten. Und wie die Schole drängen sich die Proleten vor der Tür des Kassenraumes. Ist das die vielgerühmte „Besserung“ und „Nationalierung“ der Methoden, die der neue Arbeitsnachweis mit sich bringen sollte?

Ein Erwerbsloser.

Die Rennbahn-Wagenschau

(Arbeiterkorrespondenz)

Einen erfreulichen Reinschlag hat die Bourgeoisie am letzten Sonntag mit ihrer „durch die Blume“ arrangierten Wohndemonstration erzielt. Man hatte eine impolante Auffahrt aller Geschäfte und Betriebe erwartet. „Wagenschau“ nannte man das Arrangement, das den Proleten und simplem Spießern die Kraft des Kapitals und Bürgertums vor demonstrierten sollte. Den Proleten, die durch die Nationalisierung böslich geworden, sollte neue Hoffnung gemacht werden. Auch den Mittelständlern, den Kleinbetreibenden wollte man Vertrauen zu den „leistungsfähigen“ Firmen einflügen. Es änderte am Charakter dieser Geschichte natürlich nichts, wenn einige Wagen des Konsumvereins sich mit im Zug befanden. Im Gegenteil, das liegt in der Linie der reformistischen Leitungen, die auch von der Gesundung des Kapitalismus träumen und damit einverstanden sind, wenn nur einige Brocken vom Tisch des Herrn fallen. Ganz im Rahmen der Stimmungszündung lag die Spitze: Aufmarsch der „Waldschlösschen-Bauer“! Allobal, hier ist doch das Zugmittel für bürgerliche Wähler. Fahrt überall einige hübsche Waldschlösschen hin zur Wahl, dann gibt es eine nette Dividende für die Bauerstaatsbezieher, und das Bürgertum kann sich am 31. Oktober für den Konservativen als Mittel recht finden für sich Dumme zu fangen. Ost steht es harmlos aus und wird nicht beschädigt. Wie jedoch können nur wünschen, daß der Erfolg der Kapitalshüter am Wahltag ebenso groß wird, wie derjenige der „Wagenschau“. Dafür müssen die Arbeiter, die klar seien, Sorge tragen.

„Brügelheld Schurig“. Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes erhält uns das Ortsamt für Kriegerfürsorge um Aufnahme folgender Richtigstellung zu der Einwidderung des Sta. Schurig:

„Es ist nicht wahr, daß Beamte des Ortsamtes Herrn Schurig den guten Rat gegeben haben, sich nicht an Freizeit zu bebauen, wohlt ih vielmehr, daß eine derartige Neuerung von Beamten des Ortsamtes nicht erlaubt worden ist.“

Ein Gattenmodell? Wir berichten auf Grund einer Mitteilung des Kriminalamtes, daß am 2. Oktober nachts ein Händler Kluge in der Schmiede Straße durch Einbrechen von Beudigis freiwillig seinem Leben ein Ende gemacht hatte. Beudigis wird gemeldet, daß die 34 Jahre alte Chefin des Kluges unter dem Verdacht des Betriebsmordes verstorben ist. Nach Anträgen von Verwandten soll sie seit langem Beziehungen zu einem unverheirateten Mann unterhalten haben, mit dem sie bereits Heiratspläne besprochen haben soll. Die Verhaftete bestreitet die Tat und erklärt, daß Kluge gegen 8,30 Uhr abends die Wohnung verlassen habe, die Zeit seiner Rückkehr sei ihr unbekannt.

Rückkehr Dresden. Rücksicht. Die in der Waldschule Glashütte untergebrachten Dresdner Berufsschülerinnen treffen am Donnerstag, den 7. Oktober, nachmittags 5,45 Uhr auf dem Dresdner Hauptbahnhof ein. Die Angehörigen der Berufsschülerinnen werden erlaubt, diese zur genannten Zeit auf dem Hauptbahnhof abzuholen.

Reichsbücherei. Die letzte Sonderausstellung der Gartenbauausstellung wird sämtliche deutschen Obst- und Gemüsearten umfassen. Sie wird am Donnerstag, den 7. Oktober, mittags 12 Uhr eröffnet und wird, zugleich mit der gelungenen Gartenbauausstellung, am Montag, den 11. Oktober, abends 10 Uhr geschlossen.

Börsenschule. Freitag, den 8. Oktober, beginnen: Dr. Albert Bauch: Einfache chemische Verküche, 1. Teil, 7,30 bis 8 Uhr im Königs-Gymnasium, Fiedlerplatz 6; Dr. Richard Böttiger: Hauptvorträge der Philosophie der Gegenwart in Deutschland, 1. Teil, 8 Uhr im Auditorium des Philologischen Seminars, Blochmannstraße 2, Eg.; Ernst Hötzlich: Goethe. Lieder und Ausprache (Fortsetzung zu dem Lehrgang „Goethe. 4. Der Freund Schillers“), 7,30 bis 9 Uhr in der Staatl. Höheren Pädagogischen Anstalt, Marchnéstraße 8/10; Kurt Ritschauer: Der Sternenhimmel mit freiem Auge und Feldglas, 7 bis 9 Uhr in der Oberrealschule Radebeul, Marchnéstraße 18; Gerold Nigglie: Volkskunze (nur für Fortgeschritten), 7 bis 9 Uhr in der Turnhalle der 49. Volksschule, Tieckstraße 14; Erich Richter: Die legale Frage des Kindes, 7,30 bis 9 Uhr in der Oberrealschule Sebnitz, Bünzhausenstraße 4 (Auswahl der Teilnehmer durch den Kursleiter selbst). — Sonnabend, den 9. Oktober, beginnt: Kurt Henke: Einführung in die Chemie, mit besonderer Rücksicht auf technische und volkswirtschaftliche Fragen, 7,30 Uhr im kleinen Hörsaal (Zimmer 19) der Technischen Lehranstalten (früher Gewerbeschule), Dürerstraße 45. — Teilnehmerforten zu den Vorträgen — so weit noch vorhanden — in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, 1.

Die Einschätzungen in Dresden. Wie das städtische Bebauungsamt uns mitteilt, erfolgten im Monat September 265 Einschätzungen, und zwar 102 männlichen und 103 weiblichen Geschlechts. Von den Besitzbaren waren 172 evangelisch, 4 katholisch, 1 mos. und 28 Diäidenten. Religiöse Alter sind jedoch nur in 168 Fällen statt. Vom Tage der Inbetriebnahme (22. Mai 1911) sind dies 1957 Einschätzungen.

Der neue Winterschajplan der staatlichen Kraftwagenlinien. Der Winterschajplan 1926/27 der staatlichen Kraftwagenlinien ist erschienen. Die Fahrpläne werden zum Preise von 10 Pf. durch die Bahnhofsbuchhandlungen, durch die Auskunftsstelle der staatlichen Kraftwagenverwaltung in Dresden, Prager Straße 51 (Hauptbahnhof Ostbau), sowie durch die Betriebleitungen und Betriebsstellen und durch das Fahrpersonal abgegeben. Mit Beginn des Winterschajplans werden auch einige neue Kraftwagenlinien eingerichtet, u. a. wurde die Kraftwagenlinie „Zwickau—Planitz“ vom 3. Oktober ab bis Ebersbrunn verlängert. Der Fahrplan für die Strecke Planitz—Ebersbrunn ist auf Seite 31 des Winterschajplanbuches enthalten. Weiter wurde am 3. Oktober die neue Kraftwagenlinie „Dippoldiswalde—Dölln—Rabenau“ in Betrieb genommen. Auch dieser Fahrplan ist im Winterschajplanbuch, und zwar auf Seite 64, enthalten. Am 15. Oktober wird voransichtlich die Kraftwagenlinie Tharandt—Tharandt—Spechthausen in Betrieb genommen werden. Der Fahrplan dieser Linie ist bereits im Winterschajplanbuch auf Seite 70 enthalten. Unter Einbeziehung dieser neuen Linien umfaßt das Netz der staatlichen Kraftwagenlinien nunmehr 92 Linien. Eine zweifarbige Uebersichtskarte, aus der alle diese Linien ersichtlich sind, ist dem Fahrplanbuch beigegeben worden.

Aus Ostjachsen

Kreisal. Donnerstag, den 7. Oktober, nachmittags 2 Uhr findet in Kreises Gaithof, Döhlen, eine Bezirks-Erwerbslosenversammlung mit wichtiger Tagessordnung statt. Alle Erwerbslosen, in den dem Kreisal Arbeitsnachweis angehörenden Gemeinden haben ihre Vertreter zu dieser Versammlung zu entsenden. Die Erwerbslosenkommission Kreisal.

Radeberg. (Plan der Beratungsstunden des Wohlfahrtsamtes Radeberg für Monat Oktober 1926) Mittwochberatung: (Kinder — auch alle unehelichen und in Wiese befindlichen — bis zu 2 Jahren) Dienstag den 12., 19. und 26. Oktober, nachm. 1,30 bis 2,30 Uhr. — Rücksichtberatung: Mittwoch, den 6. Oktober, nachm. 2 bis 4 Uhr. Annahmen vorher im Wohlfahrtsamt. — Schwangerschaftsberatung: Dienstag, den 18. Oktober, nachm. 3 bis 4 Uhr. — Beratung für alkoholkrank und deren Angehörige: Mittwoch, den 6. Oktober, nachm. 5,30 bis 7 Uhr. — Die Beratungsstunden finden in der Wohlfahrtsbarade im Hof des Stadthauses „Grüne Tanne“ statt. — Tiefenberatung: Tag und Stunde der in regelmäßigen Abständen stattfindenden Tiefenberatung werden den Beteiligten unmittelbar durch die Bezirkspflegerin mitgeteilt. Zuweisungen erfolgen nur durch das Wohlfahrtsamt, entweder auf dessen Veranlassung oder aus Grund eines ärztlichen Zeugnisses. — Sprechstunden der Bezirkspflegerinnen: jeden Donnerstag, nachmittags 4 bis 6 Uhr, Bezirkspflegerin Koenig und jeden Montag, nachmittags 4 bis 6 Uhr, Bezirkspflegerin Spivner. Beide Sprechstunden finden in der Wohlfahrtsbarade statt. — Am Mittwoch, den 20. Oktober, abends 7,30 Uhr findet der erste Mittwochabend, ebenfalls in der Wohlfahrtsbarade, statt.

Pirna. (Ein Blick hinter die Kulissen des Bürgertums.) Pöhlke ist Gastwirt, Saalbesitzer, seine Gäste freutensich. Auf seinem Gründstück befindet sich die Galgentänze (Gelehrte). Werwolf, Stahlhelm, Halentreuz und Junglo, also die besten Leutchen, haben hier ihrheim. Er wird angeklagt wegen Sittlichkeitsverstögens, begangen an einem und verübt an zwei Schulmädchen. Das Amigottert richtet! Herr Seeliger Peter, ein „Demokrat“, wird als Sachverständiger! Die Mädchen sind nicht glaubwürdig, moralisch nicht einwandfrei (?); der sittliche Bürger Pöhlke wird freigesprochen. Der Staatsanwalt legt Berufung ein. Wahrscheinlich ist er noch nicht so „eingebürgert“ in Pirna. Die Söhne und auch Herr Bürgermeister Dr. Pöhlke erscheint vor dem Landgericht. Das Landgericht sieht den Tatbestand als erwiesen an. Der Sittlichkeitsmensch, der schon über viele seine moralische Nase gerümpt hat, wird zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der Strafumsetzung wurden viele Milderungsgründe berücksichtigt, trotzdem konnte das Gericht auf Bewährung nicht zulassen. Der Tatbestand muß also ein ziemlich gefährlicher sein. Im Bürgertum heimsteblatt hört man vom Sturz dieser teutschen Schule natürlich nichts. Sowohl Klassejustiz — Herr Sachverständiger Pastor Peter ist Seeliger, Demokrat — seine Gemahlin Stadtverordnete — Letzter der bürgertlichen Elternratsbewegung. Die Mädchen, die dieser deutsche Wülling missbraucht, und Proletenmädchen, die nach Meinung des Herrn Peter „verdorben“ sind, die schließlich gar den guten Leutchen noch „verflöhnen“ haben. Wenn sie so sind, wäre es dann die Schuld des Mädchens? Wäre es nicht vielmehr die Schuld des Herrn Peter, der die Verhältnisse, die die Leute solcher Zustände sind, mit aufrichter erblickt. Wohnungsmor, Wohnungselend und die ersten Ursachen der Kinderwohnungsnot.“ Und es steht einem Sozialarbeiter schlecht, wenn er gutachtet für einen, der sich moralische

Defekte zuninge macht. Wir wollen die teutsche Geschichte nicht weiterspinnen, sondern nur betonen, daß wir das Urteil bei der nächsten Elterntagswahl allen Wählern ins Gedächtnis setzen werden.

Freiberg. (Unerhörte Übergriffe eines Polizeigewaltigen.) Der Bürgermeister sendet uns folgende Verjährigung: In Nummer 212 Ihres Blattes vom 24. d. M. die am heutigen Tag zusammen in Freiberg unter der Überschrift „Unerhörte Übergriffe des Polizeigewaltigen von Freiberg“ einen Artikel, der in wesentlichen Punkten den Tatsachen nicht entspricht. Unter Bezugnahme auf § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir Sie daher, folgende Verjährigung zu bringen: Es ist unwahr, daß vom Polizeiamtsvorstand der Verlauf der „Arbeiterstimme“ abgelehnt worden wäre. Der wahre Sachverhalt ist vielmehr der folgende: Bei der hierigen Polizeiwache war eine Beschwerde des Arbeitsnachweises eingegangen, daß ein Arbeiter in außerordentlicher Weise im häuslichen Gebäude Zeitungen an Erwerbslosen zu verbauen suchte, ohne daß er die nach § 43 der Reichsgewerbeordnung erforderliche polizeiliche Erlaubnis besaß. Auch Erwerbslose belästigten sich über den außerordentlichen Zeitungsveräußerer leichter und über die gesetzlichen Vorschriften aufgeklärt worden. Die Polizeibeamten haben ihn darauf hingewiesen, daß er, falls er weiterhin ohne polizeiliche Genehmigung Zeitungen verkaufe, mit der Wegnahme der leichteren zu rechnen habe. Nachdem dann durch die Herren Kochmann und Delmann bei dem Polizeiamtsvorstand die Erläuterung abgegeben worden war, daß der Verlauf der Zeitungen von dem Verkäufer ohne jedes Entgegen zu beorgt werde, also ein gewerbsmäßiger Verkauf von Zeitungen im Sinne von § 43 RGVO nicht vorliege, sind Einwendungen gegen den Zeitungsverlauf nicht mehr erhoben worden unter der Bedingung, daß der Verkauf nicht in verbrecherhafter Weise fortbleibe. Dies ist auch den genannten beiden Herren an Amtsstelle mündlich eröffnet worden, von einem angeblichen „Übergriff des Polizeigewaltigen“ kann also keine Rede sein. Der Stadtrat — Polizeiamt, gez. Dr. Gente, Bürgermeister. Zu dieser Verjährigung Polizeigewaltigen von Freiberg veröffentlichten wir folgende sachliche Darstellung: Der Arbeitsnachweiszettel, Herr Berthold, scheint aus Langeweile den Betrieb der „Arbeiterstimme“ zu überwachen. Dieser Herr läuft fast täglich Erwerbslose in sein Büro kommen, um sie zu fragen, ob sie von dem Arbeitsnachweiszettelhäuser belästigt würden. Da er hierzu gern eingeschafft werden, ist dadurch oft eine „Belästigung“ „beigekommen“. Am häufigsten Tage nun wurde, wie auch von Dr. Gente angegeben wird, der Zeitungsveräußerer leichter und hierbei Wegnahme der Zeitung angedroht. Sofort von Gen. D. aber bei Dr. Gente unternommene Schritte verließen resultlos deswegen, weil erstens Dr. Gente die ungleichzeitige Wagnahme deckt und zweitens eben Herr Gente logt die Person beanstandete. Erst am darauffolgenden Tage war Herr Dr. Gente zu bewegen, auf seine ungeschickliche Wagnahme zu verzichten. Aber trotz des dort gegebenen Erklärung hat nochmals die Polizei (für die doch Herr Dr. Gente und nicht der Arbeitsnachweiszettel verantwortlich ist) den Zeitungsveräußerer auf die andere Straßenseite verweisen. Also wenn Herr Dr. Gente berüchtigt will, so muß er sich auch um die Tätigkeiten seiner Beamten kümmern. Über den Begriff „Verbrechertötung“ kann man mit Dr. Gente nicht streiten, da leider in Freiberg jede Unzuständigkeit als „verbrechertötend“ angesehen wird. L.

Bom Tage

Lokaltermin im Berliner Juwelenraub.

Berlin. Beim gestern vormittag vorgenommenen Lokaltermin der Juwelenraubfeste fand Tausende von Menschen eingefunden. Der gesetzlich vornehmste Spruch gab mit dem vernünftigsten Gesicht den vernehmenden Beamten bereitwillig Auskunft über seine Taktik beim Einbruch.

Geständnis des Schmuggler-Bankiers.

Berlin. Bei seiner erneuten Vernehmung in der Spritzenburglegoste legte einer der Gebrüder Lindemann, Bankier Gustav Lindemann, ein Geständnis ab, wonach er die Führung der Schmuggoleien gehabt hat. Das besonders „ehrenwert“ Mitglied der Familie, ein Kommerzienrat Lindemann, ist trotz seines Beugens ebenfalls in Haft genommen worden, da Beweise einer Beteiligung am Verbrechen vorhanden sind.

Ein Wahniniger und ein Kind als Eisenbahnsfreiver.

In Zwickau wurde ein 35jähriger Arbeiter verhaftet, der erschüttete, in mehreren Häusern auf fahrende Eisenbahnzüge Steine geworfen zu haben, um Fahrgäste zu tößen. Der Grund ist in seinem „Haß gegen alle Menschen“ zu suchen. Der Mann gehört bekanntlich eher in eine Heil- und Pflegeanstalt, als ins Zuchthaus. In der Nähe der Ortschaft Altenhüls wurden vergangenen Sonntag Steine auf den Schienen der Eisenbahnlinie gefunden. Als Täter wurde ein dreizehnjähriger Junge ermittelt, der eine „Jugendfehlung“ leben wollte.

Eine Juniors-Riesenflugzeug für 100 Fluggäste.

Berlin, 5. Oktober. Die Morgenblätter melden, daß die Juniorswerke mit dem Bau eines Flugzeuges für 100 Fluggäste beschäftigt sind. Das Flugzeug soll 128 Meter lang sein und wird nur aus einer einzigen Tragfläche bestehen. 4 Motoren sollen es antreiben. Alle Räumlichkeiten, die sonst im Flugzeug liegen, sind in das Innere der Flügel verlegt. Der Plan der Juniorswerke geht dahin, mit diesem Modell selbst Flüge quer über den Ozean zu ermöglichen.

Rundfunk

Donnerstag, den 7. Oktober:

3-4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle).

3 Uhr: Prof. Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitsforschung.

3,35 Uhr: Lettor Vilma Mönckeberg-Kolmar: Gedichtvorlesung in der Schule. Beispiele von Goetheschönen Gedichten.

4,30-5,15 und 5,30-6 Uhr: Nachmittagskonzert des Dresden Rundfunkorchesters. Dirigent: Gustav Agnus. (Kunter 15 der Musik.)

6,20-6,45 Uhr: Aufwertungsrundfunk.

6,45-7 Uhr: Stewurdfunk.

7,15-7,45 Uhr: Vortragsschule: „Die Kunst des Sprechens.“

3 Vortrag. Prof. Adolf Winds: „Umgangssprache.“

Veranstaltungskalender

Kommunistische Partei
Freitag, den 8. Oktober:
Sitzungsklasse Schanckstraße, Str. 3. D. Mitgliederversammlung.
Ort: „Schwarzes Geschäft“, Tagberg 20. 7.30 Uhr abends.

Sonntagnachmittag, den 9. Oktober:
Gemeinderatversammlung für die Amtshauptmannschaft Dresden am Sonntag, den 10. Oktober, vorm. 9 Uhr in Dresden, „Innenstadt“. Fischhofplatz. Tagesordnung: Praktische Gemeindefragen.

SO 1 und 2. 7.30 Uhr im Restaurant „Fichtenhof“; Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Bezirk Döbeln. Sammeln für den Landtagswahlkampf Abends nach 7 Uhr in allen Lokalen der Partei Flughäfen folgen.

Sonntag, den 10. Oktober:
Bezirk Döbeln. Allgemeines Flugblatttragen und sammeln.

Kommunistischer Jugendverband.
Mittwoch, den 6. Oktober:
Streiter, Gruppenabend fällt aus, da wir uns an der Versammlung in der „Reichskrone“ beteiligen.

Dresden. Gruppenabend fällt aus. Alles in die Hochversammlung „Kogelheim“, 7.30 Uhr.

Donnerstag, den 7. Oktober:
Pfeiffer, Gruppenabend 7.30 Uhr im „Bürgersaal“.

Mitglied. Gruppenabend 7.30 Uhr bei Willems, Fischhofplatz 14. Referat: Unsere Stellung zum Kongress der Werkstätten und der Landtagswahl.

Neustadt. Unterhaltungsabend im „Kamerad“, Oppelsstraße, 7.30 Uhr.

Zärtliche Bekanntmachungen

- Freitag -

Säuglings- und Kleinkinderpflegelurteile.

Das Gesundheitsamt beschließt, vom Oktober bis Dezember Kurse in Säuglings- und Kleinkinderpflege abzuhalten. Die Kurse sollen zunächst etwa 6 Abende mit wenigstens 12 Unterrichtsstunden umfassen. Neben theoretischen Kenntnissen soll den Teilnehmern Gelegenheit gegeben werden, praktisch zu arbeiten. Die Teilnehmerzahl ist für jeden Kursus beschränkt. Teilnehmergehalt 3 Mark, für Erwachsene unentgeltlich. Interessen werden gebeten, sich spätestens am 10. Oktober d. J. im Gesundheitsamt oder bei den Stadtsanitäterinnen zu melden und ihre Wünsche in bezug auf die Zeit der Kurse anzugeben.

Not der Stadt Freital, am 2. Oktober 1926.

Personalaus- und Betriebsaufnahme.

Die Haushälter erhalten demnächst Vorbrüche zu Haushaltungslisten, Betriebsblättern, sowie zur Hundezählung zugestellt. Die Haushaltungslisten sind von Ihnen an die Haushaltungswohnde und die Betriebsblätter an die Inhaber von Gewerbebetrieben um ihres Grundstücks weiterzugeben. Die Vorbrüche sind nach dem Stande von 10. Oktober 1926 auszufüllen und vom Haushalter nach vorheriger Prüfung bis zum 25. d. J. an das Stadtsanitäteramt zurückzugeben. Die Abgabe der Listen

Jeder Haushalt bereitet sich die Liköre, Rum, Weinbrand (früher Cognac) selbst

und spart bis zu 100 Prozent gegenüber herkömmlichen Likören. Einzelne 135 verschiedene Sorten Likör, Rum und Branntwein-Essenzen und stellen sich diese für 1 Liter

96 Prozent Spiritus gerechnet bis Mk. 1.40 billiger wie Reichel-Essenzen

Verkaufsstelle von
96 prozent. doppelt rektifiziertem prima Spiritus
nur in verfügbaren Flaschen

Preis per 1 Liter Mk. 5.50

exklusive Flasche. Postversand nach allen Orten gegen Nachahme. Ein Versuch überzeugt jeden von der Güte der Qualität.

Max Strube,
nur Weißnissstr. 23

Dresden-A 1
Fernruf: 20195

Theater am Wasanplatz

Don. 2. bis 11. Oktober, möglich.

Stafernenuft

4 Tage von Stein und Söhnen
Spielzeit: Adolf Röder.

Beginn donnerstags 8.30 Uhr Sonntags 8 Uhr
Ende nach 10.30 Uhr.

Tymians **Täglich**
Das Thalia- 8 Uhr
einziges wirkliche Theater
Volkstheater Dresdens

Vorzugskarten außer Sonntags gültig!

MIFA
das anerkannte
Qualitäts-Fahrrad
empfiehlt
WILLY HETZER, Stephanies-
straße 46

Moderne
Herren-, Damen- und
Kinder-Kleideroben
kaufen Sie am günstigsten
im Verleihungshaus
C. Gul. Möthig, Neugersdorf

zublas. Gruppenabend 7.30 Uhr im „Bürgergarten“. Referat: Nationalisierung und Arbeiterschaft.

Note Jungfront.

Mittwoch, den 6. Oktober:
Freital, 7.30 Uhr Mitgliederversammlung im „Goldenen Adler“, niemand, wie üblich angegebener Donnerstag.

Donnerstag, den 7. Oktober:
Ortsgruppe Groß-Dresden, Abteilung 4, 7.00 Uhr in der „Wachstanzhalle“: Gruppenabend. Wichtige Tagesordnung: Neuwahl der Leitung.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund.
Donnerstag, den 7. Oktober:
Ortsgruppe Freital-Deuben. Abends 7.30 Uhr im Restaurant „Zur Linde“: Niederabend. Liederbücher sind mitzubringen. Gäste willkommen.

Note Frontkämpferbund.
Donnerstag, den 7. Oktober:
Ortsgruppe Groß-Dresden. Abteilungsleiterwählerung fällt aus.

Ortsgruppe Döhlen, 8 Uhr „Drei Linden“: Mitgliederversammlung. Referat: 1. Die Kämpfe der revolutionären Massen im Weltkrieg. 2. Landesgewerkschaft.

Freitag, den 8. Oktober:
Göbau: Abends 8 Uhr wichtige Mitgliederversammlung „Ländauer Schweiz“. Gauvertreter anweland.

Nachbesprechungen auf das
Handbuch zur Sachsenpolitik.
Preis 50 Pf. müssen sofort erfolgen.

Die Beitragsheine für Wahlliteratur müssen ebenfalls sofort ausgelöst zurückgesandt werden.

Während der Wahlkampagne auf der Schriftenvertrieb mindestens verdoppelt werden.

Buchhandlung Oswald Groß, Jakobsgasse 15.

Arbeiter Sport

Arbeiter-Mädcherverband „Solidarität“, Bez. Groß-Dresden, Mittwoch, 6. Oktober 16.30 Uhr Versammlung Volkshaus 10. Str., 1. Tour Freiberg-Halsbrücke, Abf. 7 Uhr Schillerplatz, 10. Str., 6. Oktober 16.30 Uhr Versammlung „Goldner Adler“, 1. Tour, 10. Str., 10. Oktober 16.30 Uhr Prinzessin-Cunnersdorf, 1. Kilometer, Abf. 1 Uhr, Rautig: 7. Oktober 16.30 Uhr Versammlung „Gaudös“, Domilusstraße 1, 10. Oktober 16.30 Uhr Versammlung an der Schnellstraße der Jugend, Abf. 7 Uhr, Reinickendorf: 10. Oktober 16.30 Uhr Radebeul-Mitte, Abf. 1 Uhr, „Zehn-Märkte“, 10. Oktober 16.30 Uhr Frauenstein, 1. Str., 6 Uhr Oberplatz, 18. Oktober 16.30 Uhr Versammlung Königsbrück, 1. Str., 12. Oktober 16.30 Uhr Versammlung „Zum Landesmeister“, Wartburg, 1. Str. Lößnitzstraße, 1. Str., 10. Oktober 16.30 Uhr „Zehn-Märkte“, 1. Str., 1 Uhr Oberplatz, 20. Oktober 16.30 Uhr 1. Tour Tafelplatte Walter, Abf. 7 Uhr Bettinerplatz, 10. Str., 1. Str., 10. Oktober durch besondere Umstände ausgefallen. Wiederabend nach der Schweizer, Loschwitz, finden Sonnabend, den 9. Oktober statt. Kennfahrt: 10. Oktober 16.30 Uhr Rennen, Dresden-Raundorf-Dresden, 50 Kilometer, Stora und Ziel: Gauhof Görlitz. Die Abteilungen Lößnitz und Cotta werden gebeten, Mannschaften zur Städteabteilung zu senden. Jugendabteilung: 16. Oktober Schnellstraße und die Dresden-Heide, Abf. früh 16.30 Uhr vom „Lindengarten“ Königsbrück Straße. Die Jugend aus sämtlichen Abteilungen müssen sich daran beteiligen.

9. W.

Schwimmverein „Weiß“, Gruppe Ob. Kleinnaundorf, Dienstag, den 7. Oktober, abends 7.30 Uhr: Wichtige Mitgliederversammlung im Gasthof Kleinnaundorf. Vortrag des Gründers: „Was trennt uns von den Bürgerlichen?“

Rösler & Geemann Lebensmittelhaus

Dresden-Alstadt, Friesengasse

2 Pfd. Hartgekörnte Spaghetti	90	2 Pfd. Dose Blätterlinge	95
2 Pfd. Eier-Spaghetti	110	2 Pfd. Dose Karotten	45
2 Pfd. Grischhörnchen	95	2 Pfd. Dose Schnittbohnen	55
2 Pfd. Makaroni	95	2 Pfd. Dose Gem. Gemüse	85
2 Pfd. Giermakaroni	110	2 Pfd. Dose Erdbeer-Tee	130
2 Pfd. Gierfiguren	85	2 Pfd.-Eim. Blatt-Almond	75
2 Pfd. Teiggruppen	90	2 Pfd.-Eim. Erdbe-Johann	95
2 Pfd. Hähnchenbulet	95	2 Pfd.-Eim. April-Cost	135
2 Pfd. La Bruchmakaroni	90	1 Glas Bienenhonig	120
2 Pfd. La Nudeln	95	2 Dosen Milch	95
Kaffee, 1 Pfd. frisch gebrannt		und 1 Pfd. Butter 120 M.	
4 Pfd. grüne Erbsen	85	1 Pfd. La helle Soße	120
6 Pfd. weiße Bohnen	95	1 Pfd. amerik. Schmalz	90
5 Pfd. große Linsen	95	1 Pfd. Cotoletti	65
4 Pfd. Victoria-Erdbe.	95	2 Pfd. Sultanina	95
4 Pfd. Vollreis	95	2 Pfd. Korinthen	95
3 Pfd. Kartoffeln	95	2 Pfd. Clem.-Rösten	90
4 Pfd. Grapen	95	1 Pfd. Mandeln	120
10 Pakete Korn-Bratw.	95	4 Std. Vanille-Stangen	95
18 Rollen Jusaz	95	2 Std. Badzucker	95
2 Pfd. Kämmel	95	2 Pfd. Cotolettiigel	115
3 Pfd. Hofermehl	95	3/4 Pfd. Weizenengrieß	95
10 Pfd. Schotel-Budding	95	10 Std. Eichwürste	95
5 Tün. Crem-Schokolade	95	5 Pfd. La Auss-Zwiebel-Mehl	120
Hamburger Stängentüte, vollfettig, im Stein 1 Pfd. 70 M.			
1 kg Kg. La helle Kernseife	95	4 Pakete Schweben	95
2 Pfd. Schmierseife	85	10 Dosen Schuhcreme	95
5 Rgl. Kernseife	95	3 Std. Oceanseife	75
250-Gramm-Rgl. Warna	25	3 Std. große Badeleife	85

Alle

Lebensmittel:

büllig

Wilhelm Baede
PIRNA

AHRRÄDER

Mita, Schladitz,
Cito, Haenel

ANZEIGEN

nahen den denkbar
besten Erfolg in der
Woll, Pillnitzer Str. 80

ARBEITERSTIMME
Eigene
Schlächterei
Carl Jähne, Voglerstraße 35
Fernsprecher 33725

Mifa — Urania

u. Spezial-Fahrräder - günstige Bedingungen, billige Preise

Lehmann, Zehnstr. 72

Mag. Schubert

Tabakwaren

Gretel-Döhlen
Untere Dresdenstraße 129

Elysium Räcknitz

Endstation Linie 6
Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr

• Wiener Walzen-Abend •

Arbeiter-Esperanto-Bund
Ortsgruppe Meißen

Mittwoch, den 6. Oktober, abends 11.30 Uhr
beginnt im „Kaisergarten“ ein Esperanto-Kursus für Anfänger.

Kursbedarf einschl. Lehrbuch (20 Abende) = 1.20 M.
Bei der großen Bedeutung des Esperanto für die internationale Arbeiterschaft erwarten wir viele Beteiligung

Wohnungstausch Berlin — Dresden

Interessenten wollen sich melden unter W.W. 111 an die Expedition dieses Blattes.

Starkes Spezial-Kurbad u.

Hydro- und Elektrotherapie, Massage- und

gymnast. Diathermie-Behandlung

Telephon-Anschluß 107

Gefäß von früh 5 Uhr bis abends 5 Uhr

An allen Krankenkassen zugelassen

Milchversorgung

Den besten Beweis für den hohen Wert und den Reichtum der von uns verteilten Vollmilch erbringt der ständig steigende Umsatz.

Wir setzen um im

Januar	99700 Liter
März	150000 Liter
Juni	187000 Liter
Juli	217000 Liter

Preis 28 Pfennig je Liter

Konsumverein

vorwärts

Abgabe nur an Mitglieder!

Wie die Reichsregierung ihr Brot verteuert!

Von dem Dutzend Regierungen der deutschen kapitalistischen Republik, die das wertlose Volk bisher über sich ergehen lassen musste, war man schon eine gehörige Portion reaktionärer Blasphemien gewöhnt. Aber wohl noch zu keiner Zeit seit der glorreichen Rosenrevolution hat es irgend eine Reichsregierung getan, so offen und so brutal den arbeitenden Massen das tägliche Brot zum Mund fortzunehmen, wie die gegenwärtigen Machthaber in Deutschland. Während durch Rohstoffe, Kartel und Massenarbeitslosigkeit die Not der Wettütligen immer höher geht und der Winter vor der Türe steht, hat diese Regierung es unternommen, zu Aush und Brozinen des Bankenluxus von ein paar Hundert adligen und nichtadligen Krautunternehmern mit vollem Bewußtsein und Willen eine Getreideversteigerung herbeizuführen, die einfach unerhörbar ist. In den öffentlichen Reden, die die Minister dieser Regierung halten, rümpfen sie sich nach ihrer wohlwollenden Fürsorge für die „notleidende Landwirtschaft“. Sie haben es dabei meistens unterlassen, auszusprechen, daß diese Fürsorge in der Hauptsache darin besteht, für eine Beteiligung des Brotes zu sorgen, um mit vielen Dienstleistungen, die auf diese Weise den Armen und den Arbeiter abgeschnitten werden, die Beute der Großagrarien zu füllen.

Aber was die Regierungsmänner nicht aussprechen, die landwirtschaftlichen Razzieher und Auftraggeber dieser Regierung haben beim Verantwoortung ihren Mund zu halten. Die „Landmaschine“, das Organ der deutschen Landwirtschaftsindustrie, die durch ihre vollständige Interessengleichheit mit dem Großgrundbesitz ihrem Hauptabnehmer, eng verbunden ist, erläutert in ihrer Nummer 36 wörtlich folgendes:

„Man sollte meinen, daß die Aussichten in der Landwirtschaft für die gegenwärtige Erntezeit besser seien. Denn erstens sind die Zölle auf Bodenerzeugnisse seit dem 1. August 1925 erhöht worden; zweitens sind der Landwirtschaft an vielen Stellen doch schon Gelde e zugeführt worden, so daß ein großer Teil beruhigen kann von den drückenden Wechselschäden befreit werden könnte; und drittens wird der Landwirtschaft schließlich jetzt die Möglichkeit geboten, ihre Ernte unter günstigen Bedingungen zu lombardieren, also zu beliehen, wodurch sie nicht nötig hat, in diesem Herbst ihre Ernte zu jedem Preis zu veräußern. Bierens haben wir in diesem Jahr auch nicht solche Reforderungen, wie im vorigen Jahr und fürestens wirken die neuen Ungewitter und Überschwemmungen, die nun leider an vielen Stellen in erheblichem Umfang Ernten vernichtet haben, doch zu guter Letzt im wirtschaftlichen Sinne günstig auf die Preiserhaltung (!), so daß man sagen kann, daß gerade hier des einen Unglücks bis zu einem gewissen Grade des anderen Glück bedeutet.“

Ja, die „Landmaschine“ hat schon recht, das Unglück der arbeitenden Massen ist das Glück der Ausbeuter und aus dem Hunger des wertlosen Volkes langen die Herren der Rittergutte die lastenden Profite. Alle Maßnahmen, die in dem Bericht aufgeführt werden, haben in vollstem Maße ihre Wirksamkeit für den „notleidenden Großbesitz“ erwiesen und zu einer bedeutenden Verkürzung des Broterzeugers geführt. Aber damit ist es der Reichsregierung noch nicht genug der Wohlhaben für ihre Auftraggeber. Die unter aktiver Mitwirkung und Verantwortung der Reichsregierung gebildete „Getreidehandels-Gesellschaft“ ist nach Kräften bemüht, das ihrige dazu beizutragen, um ja ein Szenario der überhohen Getreidepreise zu verhindern und nach Möglichkeit die Getreide-Rotierung nach weiter in die Höhe zu treiben. In Berlin wirkte sich vor einigen Tagen ein Ausstand der Mühlenerbeiter aus, der die Nachfrage der Mühlen als Hauptabnehmer des Getreidemarktes stark beschränkt und einen Druck auf die Getreidepreise ausübt. Ledermann erwartete ein Szenario der Getreidepreise, zumal die Rotierung an sich schon ausgetragenlich überhöht war. Aber da zeigte sich plötzlich folgendes:

„Gerade kurz nach dem Ausbruch des erwähnten Ausstandes aber begann die Nachfrage nach Roggen und Roggenmehl zur Ausfuhr zu zunehmen und deshalb Roggen wurde — in plötzlich erheblichen Mengen zur Ausfuhr verloren — ein Geschäft, an dem, wie man zu hooobacht glaubte, auch die Getreidehandelsgesellschaft ziemlich stark beteiligt war.“ („Frankfurter Zeitung“ vom 26. 9.)

Woher unternimmt es die Getreide-Handelsgesellschaft, den obwohl schon knappen deutschen Roggen während des Mühlenerwerks noch dem Ausland zu verkaufen? Doch nur zu dem Zweck, um die inländischen Getreidepreise noch weiter in die Höhe zu treiben, die inländischen Vorräte noch weiter zu verknappeln und dadurch zu erreichen, daß in verhältnismäßiger Zeit der deutsche Getreidepreis um zoll zugänglich Racht über dem Weltmarktpreis steht. Und das jetzt wenige Wochen nach der Ernte, in denen normalerweise die Getreidepreise am niedrigsten sein sollen.

Welche Wuchergerüchte durch die Agrar-Getreidepreis- und Finanzpolitik der Regierung den Jungen und Getreidepulani-

ten auf diese Weise zuließen, zeigt ein Vergleich, der durch die Ernte in diesem Jahre herbeigeführten Preisanstieg mit den Verhältnissen der gleichen Zeit des Vorjahrs:

Weten (Tonnen)	Roggen (Tonnen)	1925	1926	1925	1926
36. Juni	265,-	297,-	220,-	292,-	292,-
10. Juli	—	—	294,-	319,-	—
20. Juli	—	—	194,-	191,-	—
30. Juli	245,-	—	190,-	188,-	—
10. August	254,-	260,-	187,-	187,-	—
20. August	237,-	270,-	175,-	200,-	—
22. August	229,-	271,-	170,-	205,-	—
28. August	215,-	278,-	168,-	207,-	—
29. September	213,-	285,-	161,-	220,-	—

Durch die Politik der Regierung steht der gegenwärtige Weltmarkt und der gegenwärtige Kornpreis 80 Mark über den gleichen Preis des Jahres 1925. Da die Weltmarktpreise sich gegenüber dem Vorjahr nur unerheblich verändert haben, kommt die Preiserhöhung zum größten Teile auf das Konto der Reichsregierung, wie ja auch die „Landmaschine“ offen gestellt. Im Monatsdurchschnitt werden etwa 400.000 Tonnen Roggen und 320.000 Tonnen Weizen zur Erreichung der deutschen Besatzung aus dem Markt genommen, die pro Tonne um 70 Mark überwertet werden sind, das bedeutet eine Summe von monatlich mehr als 50 Millionen, die die Konsumanten an die Getreideverzehrer, also in der Hauptrasse an den Großgrundbesitz zahlen müssen. Ein gewisser Teil dieser indirekten Wuchersteuer kommt auch den Zwischenhändlern und Spekulanten zugute. Die Geldmittel, mit denen die Getreide-Handelsgesellschaft diese spekulativen Getreideerlöse herbeigeführt, sind Steuerzölle, die den arbeitenden Massen abgesprengt wurden und von der Regierung der Gesellschaft zum Zwecke der Getreideherrschaft zur Verfügung gestellt worden sind. Die Mehl- und Brotpreise haben infolge der endauernden Getreideherrschaft bereits eine starke Erhöhung erfahren, was einer gewaltigen Lohndruck für die Arbeiterschaft und eine Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse für das ganze wertlose Volk bedeutet. Diese neue Sanktion der Bevölkerung läßt die Arbeitnehmer fahrlässig und durchaus willig die Gewerkschaften in geschlossener Front eine sofortige allgemeine austreibende Lohn erhöhung erzwingen.

Der Bundestag des Deutschen Beamtenbundes

Vom 7. bis 9. Oktober wird in Berlin der 5. Bundestag des DBB abgehalten. Er ist die weltanschauliche Spartenorganisation der Beamten mit 600-700.000 Mitgliedern. Wenn nicht alle Anzahlen täuschen, wird es auf dieser Tagung zu ebenso bedeutsamen und vielleicht auch zu so beständigen Auseinandersetzungen kommen, wie auf dem Bundestag nach dem großen Eisenbahnerstreik im Jahre 1922. Bekanntlich haben damals zwei große Organisationen, der Reichsverband der Postbeamten und die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbahnbeamten, den Deutschen Beamtenbund verlassen. Der Reichsverband lehrte nach Abspaltung seiner oppositionellen Teile ein Jahr später wieder zum DBB zurück. Die Reichsgewerkschaft aber schloß sich dann dem auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress des ADGB gegründeten Allgemeinen Deutschen Beamtenbund an.

Seit dem Novembersturm ist die Beamtenbewegung nicht zur Ruhe gekommen. Alle Organisationen sind verschwunden, neue entstanden, die bestehenden haben die verschiedenen Bandenungen durchgemacht. Heute macht sich in den Massen der unteren und mittleren Beamten ein elementarer Zug zur Einheit bemerkbar. Aber zugleich ist eine gewisse Abseit an der freigewirtschaftlich organisierten Arbeiterschaft unverkennbar. Das hat den ADGB in eine schwere Krise gestürzt. In diesen Vorgängen kommt die tiefe Enttäuschung der Beamtenmassen über die reformistische, sozialdemokratische Führung zum Ausdruck. Vor allem beim Eisenbahnerstreik und beim berüchtigten Beamtenablauf unter der Ernährungsminister hat sie nicht nur völlig versagt, sondern garantierte die fraktkritisch gebliebenen Beamten geradezu ans Messer geschnitten. Sie hat damit dem kaum erwachten Solidaritätsgefühl der Beamten mit den Arbeitern einen schweren Stoß verliehen.

Die zu einem nicht geringen Teile reaktionär eingestellten und aus den oberen Beamten kommenden Führer des Deutschen Beamtenbundes haben das gleichzeitig auszunützen versucht. Sie haben wieder Glauben darin gefunden, daß das Zusammensein von Beamten und Arbeitern für die Beamten von großem Schaden sei. Nur die Spekulation auf die Abseitung, ja auf den riesigen Hohlräumen zwischen den breiten Beamtenmassen über die reformistische, sozialdemokratische Führung zum Ausdruck. Vor allem beim Eisenbahnerstreik und beim berüchtigten Beamtenablauf unter der Ernährungsminister hat sie nicht nur völlig versagt, sondern garantierte die fraktkritisch gebliebenen Beamten geradezu ans Messer geschnitten. Sie hat damit dem kaum erwachten Solidaritätsgefühl der Beamten mit den Arbeitern einen schweren Stoß verliehen.

Nach meiner Meinung, Kollegen, ist das alles ein verdammt Geheimnis und das ist alles," bemerkte Philpot.

„Ich behaupte nicht Verständniswissen zu haben," sagte Schleim, „aber Verständniswissen wird meine Seele auch nicht retten! Das kann nur das Herz wissen. Mein Herz weiß, daß alle meine Sünden auf sein heiliges Blut abgeladen werden, und dieses Blut gibt mir Glück und Frieden, das allen Verstand übersteigt, solange ich ein Christ bin.“

Halleluja, halleluja!“ klangt Buntz, und jaß alle lachten.

„Christ ist nicht Christ,“ spottete Owen, „du hast wohl ein Recht, dich Christ zu nennen, was? Was das Glück anbelangt, das allen Verstand übersteigt, so übersteigt es definitiv meinen Verstand, wie jemand glücklich sein kann, in dem Glauben, daß Millionen Menschen in der Hölle gefoltert werden, und es übersteigt auch meinen Verstand, wie du dich nicht schämst, unter solchen Umständen glücklich zu sein.“

„Ah, du wirst schon noch dahinter kommen, wenn es ans Sterben geht,“ sagte Schleim in drohendem Tone. „Dann wirst du anders denken und reden.“

„Dortüber komm ich auch nicht weg,“ meinte Harlow, „mir scheint's nicht richtig, daß noch einem Leben in Armut und Elend, wo wie jede Stunde, die Gott der Allmächtige werden ließ, schützen und fristen, daß wir noch einem so verschlungen Leben noch bis in alle Ewigkeit in der Hölle brennen sollen. Das scheint mir doch unmöglich.“

„Ich glaube,“ sagte Philpot überzeugt, „wenn du tot bist, dann ist Schluss, das ist dein Ende.“

„So sage ich auch,“ bemerkte Galton. „Die ganze Religion ist bloß zum Geldverdienen da. Sie ist das Gewerbe der Geißel, so wie das Häusleramt unseres H. Bloß ist weiter keine Arbeit damit verbunden, und die Bezahlung ist, verdammt nochmal, 'n bißchen besser als unsere.“

„Wenn ich bloß so 'ne Stelle fände, wie der Erzbischof von Canterbury,“ sagte Philpot seufzend, „ich würde dieser Firma unten.“

„Ich auch,“ sagte Harlow. „Wenn ich der Erzbischof von Canterbury wäre, dann nahm ich meinen Turban auf und meine

lichen Vorwand die Verschmelzung mit dem ADGB ablehnen könnte. So ist der ADGB heute in eine unlösbare Lage gekommen. Sein Verschwinden in der jetzigen Form ist nur eine Frage der Zeit.

Aber diejenigen Führer des DBB, die ihnen glaubten, alles in der Tasche zu haben und die bemüht sind, die Beamtenmassen mit allen Kräften nach rechts zu ziehen, haben ihre Karriere etwas zu fein ausgelegt. Seien wir ungern der „Vorwurf“ der Spartenorganisation der staatlichen Beamtenmassen. Die Führer dieser Organisationen stehen in moderner Beziehung zu den deutlich nationalen und völkischen Gemeinschaften. Mit ihnen sich zusammenführend, tragen gewisse Führer des DBB ancheinend keine Gedanken. Aber so schlecht die Beamten im allgemeinen auch auf die Sozialdemokratie zu sprechen sind, von den völkischen Nordlanden wollen sie erstaunlich nichts wissen. Es wäre ganz falsch anzunehmen, die Beamten gingen nach rechts. Sie sind desorientiert und gehen in der Kreis.

Ob es auf dem Bundestag des DBB zur Verschmelzung mit den BDP kommt, ist ungewiß. Aber es ist auch nicht die Hauptfrage. Wie auch der Bundestag auslaufen mag, er wird keinen Schlußpunkt hinter die Beamtenbewegung legen. Auf alle Fälle wird der Kampf der verschiedenen Richtungen mit unveränderter Stärke weitergehen. Jeder Versuch, die unteren und mittleren Beamten mit den oberen zusammenzutreiben und sie den Nationalsozialisten oder sonstigen Reaktionären auszuliefern, wird scheitern.

Den Beamten muss immer wieder mit aller Dringlichkeit gelagert werden, daß ihr Platz an der Seite der Arbeiter ist. Und wir sind fest davon überzeugt, daß sie auch trotz aller Drang und Wirkungen wieder an die Seite der Arbeiter zurückkehren werden. Allen reformistischen Vertriebenen und deutschnationalen Blüheren zum Trotz werden Beamte und Arbeiter schließlich eins Einheit bilden zum Kampf um bessere Lebensbedingungen und zum endgültigen Kampf um ihre Befreiung aus dem Joch des Kapitalismus und des kapitalistischen Staates.

Der „Nationalisierung“-Zeltzug

Die zum Kongress der Vereinigten Stahlwerke AG gehörenden Hüttenwerke „Gebr. Jenck“ in Düsseldorf legten ihren Betrieb still und verhinderten ihre Belegschaft von 1100 Mann auf eine 800 Arbeiter. Die Stilllegung erfolgt im Einklang mit dem „Nationalisierung“-Programm der Vereinigten Stahlwerke AG. — Die ebenfalls zum Stahlkonzern gehörende „Eisenhütte Oststein“ wird gleichfalls von den Nationalisierungskommissionen des Trustes schwer betroffen. Die Bergwerkszeitung schreibt darüber folgendes:

„Das neue Stahlereiwertkosten der Gesellschaft ist am Sonntag stillgelegt worden. Das alte Stahl- und Blechwalzwerk, das nach mit Aufträgen für etwa 8 Wochen verdeckt ist, wird sofort nach Ertledigung dieser Aufträge ebenfalls stillgelegt werden, so daß alsdann das ganze Werk zum Stillstand kommt und ca. 300 Arbeiter brotlos werden. Sonstige Verhandlungen zur wenigsten teilweisen Aufsetzung des Betriebes sind erfolglos geblieben.“

Aus dem ganzen Ton der Meldung geht hervor, daß selbst die gewiß reaktionär arbeiterfeindliche „Bergwerkszeitung“ die Stilllegung aller ihrer Sympathie für die „Nationalisierung“ als eine höchst überflüssige Sache betrachtet. Und das ist auch verständlich; wenn das Walzwerk gegenwärtig noch mit Aufträgen von mehr als 8 Wochen verdeckt ist, so ist dies ein Beweis dafür, daß es selbst von kapitalistischen Standpunkten durchaus rentabel arbeitet und bei der Konkurrenz mit den übrigen Firmen, die die gleiche Ware herstellen, recht gut abschneidet. Es ist unbedingt notwendig, daß der Metallarbeiterverband, dessen weitdeutsche Lohnbewegung noch nicht zum Abschluß gekommen ist, diesen Fall zum Ausgangspunkt einer umfassenden Bewegung gegen die Unternehmensoffensive der Aufkladuistellen macht.

„Die Einheit“

Im Verlag der Einheit, Berlin S 14 erschien lohnend Nr. 17. Es enthält unter anderen beachtenswerte Artikel: „Nicht Arbeiterschaft, sondern Klassenkampf“, von Theo Overhagen, „Der Weg zur Macht“ von einem Jungsozialisten; „Der Fall Heinig“, eine Auseinandersetzung mit der Aktion des „Vorwärts“-Verlegerkäters Heinig. Neben die Sowjetunion unterrichten weitere Abhandlungen. Zwei Radikale „Einheitsbewegung“ und „Zum Nachdenken“ bringen aktuelle Neuzüge aus der Gewerkschaftsbewegung.

Der Preis beträgt für ein Exemplar 20 Pf., für 1 Vierteljahrabsatz 1,10 Pf. Zu bestellen durch die Post, durch die Arbeiterschulhandlungen und direkt vom Verlag „Die Einheit“, Berlin S 14, Alexanderstraße 62.

Selbmann's Haferkakao

Plund Grenadierstraße 60 Pf. und Filialen

Pinsel und schwitz sie hurtig durch sein laufiges Fenster und das alte Elend könnte sich zum Teufel scheben.“

„Ich summere mich nicht viel um Religion,“ meinte Neumann. „Was nach dem Tode kommt, werden wir ja dann leben, wož soll man sich schon auf halbem Wege Kopfschrecken machen? Es mag wahr aber unwahr sein, was in dieser Welt passiert. Ich bin nicht viel mehr als ein holbes duhendmal seit meiner Hochzeit in der Kirche gewesen — das ist nun fünfundzehn Jahre her — und zwar immer dann, wenn eines der Kinder getauft wurde. Die Alte geht bisweilen, und natürlich gehen auch die Kinder. Einwas müssen sie doch lernen, und sie können es geradesogut in der Sonntagschule lernen wie wo anders.“

Ein allgemeines guttümendes Wurmeln folgte dieser Reihe. Es klang die einstimmige Ansicht zu sein, daß Religion, gleichgültig ob sie wahr oder unwahr wäre, doch eine gute Sache für die Kinder sei.

„Ich war seit meiner Hochzeit nicht mehr da.“ sagte Harlow, „und manchmal wünsche ich, ich wäre auch da noch weggeblieben.“

„Mir macht gar nichts aus, was einer glaubt,“ logte Philpot, „solange er dem andern nichts zuleidet tut. Wenn du einen armen Teufel siehst, der zu erslegen droht, so gib ihm eine heiße Hand. Und halt dir dein Geld, so lag ihm wenigstens ein freundliches Wort. Nicht ein Mann seine Arbeit und sorgt für seine Familie und seine Kinder, und gelegentlich hilft er mal einem Kameraden, dann hat er nach meiner Meinung ebenfalls Chancen, in den Himmel zu kommen — wenn so ein Platz existieren sollte — wie irgendeiner von den Krebspezialisten, auch wenn er nicht in die Kirche geht.“

„Dieser Meinung summten alle zu, mit Ausnahme von Schleim, der heutzutage, Philpot würde nach seinem Tode kein Unrecht einsehen, wenn er erst vor dem großen weißen Richterthron stände.“

„Und am jüngsten Tag,“ fügte er hinzu, „wenn der Mond sich in Blut verwandelt, wirst du nach den Bergen und Felsen rufen, daß sie über dich fallen, um dich vor dem Zorn des Namens zu schützen.“

Die anderen lachten spöttisch. „Ich bin ein Buchchrist,“ bemerkte einer, der auf einem umgestülpten Eimer lag. Dieses Individuum, Dick Wenzel, hatte ein grobgeschlitztes Gesicht und ähnelt stark einem alten Gargantua.“

*) Baptisten-Wiederläufer, religiöse Sekte der Reformationszeit, die die Kinderlausen verwarf und die Erwachsenen wiederläuften. **) Uffen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Von Robert Tressal.

(25. Fortsetzung.)

Owens ganzes Sinnen war auf die Entwürfe für den Salontanz konzentriert, und er dachte an weiter nichts. Die meisten antreten oder mieden nur zu gern ein Thema, das so oft Unstimmigkeiten hervorrief. Eigentlich liebte auch Erich solche Diskussionen nicht, aber er war so unverschämt, Owens mit dem Ausdruck aus dem „Verdunkler“ aus dem Felde schlagen zu lassen, daß er schon mehrmals vergeblich versucht hatte, die Unterhaltung in die gewünschte Bahn zu lenken.

W

D

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter und Beamte Ihr Freiberg, Radeberg, Zittau und Umgebung

D

Restaurant zur Lokomotive
empfiehlt seine Lokalitäten

Lebensmittel Rudolf
Borsigstr. 6 31261 Döbelnstrasse +
am Wernersch.

Peters Zigarren-Eck
Döbelnstr. 20a, Ecke Petriplatz

Deutsche Cieche
Spezial - Geschäft der Städtebacher
Sonderwaren, Goldes Dier- und
Spitzenhaus. 21261 Döbeln, Mehner

Auf Tutzhang! Tech-Vertrieb
Otto Eichner, Poststraße 5

Böttchers Fahrradhaus
Chemnitzer Str. 20b, Turnstuhlgasse 21261

Rödelisch u. H. Wurstwaren
empfiehlt Pfeilerei Franz Bölden,
Hollner Gasse 4

Alfred Richter
Colonialwarengroßh. Obermarkt 17

OBSI / GEMÜSEWAREN
KARTOFFELN/KONSERVEN
UND FISCHE
KARL NEUBERT/BORNGASSE 18

Zurmholz-Lichtspiele
Das beliebteste Lichtspielhaus Freibergs
Kino! Vorführung von 14 Uhr ab
21261 Sonntags Beginn 2 Uhr

Schülken-Liesel
empfiehlt seine Lokalitäten
21261 Blaumenstraße

Gottlob Steinert
Sohr., Begr. Zum Jägerleiter
Obst, Gemüse, Süßfrüchte

Neues Lichtspielhaus
STADTPARK, FREIBERG Se.
Größtes Theater, 800 Plätze

FREITAL-PO.

Kauft eure Farben, Ende, Pinsel usw. beim Farben-Werner
21261 Kreuz-Drogerie Freital

Gustav Kühne
Spezialgeschäft für Milch und Butter,
Sämtl. Süßwarenprodukte täglich frisch

Offenbacher Leberhaaren / Schiene /
Seling, Stahlwaren / Eigene Reparaturwerkstatt. Rudolf Neuwirth
21261 Untere Dresden-Straße 130

Gerhard Rittiche Uhr-
messer / Uhren / Goldwaren / Schmuckartikel /
Vedette / Eigene Reparaturwerkstatt

21261 Rob-
schäfer Gert Giering
empfiehlt täglich frische Brot- u. Käsewaren
Freital, Untere Dresden-Straße 103

21261 Julius Arnold
Sohle / Dose / Seide
Untere Dresden-Straße 94, Telefon 337

Schnell- und Wollwaren, Bettledern
Bernhard Göthe
21261 FREITAL-POTSCHEPP

THARANDT

Arthur Schob
21261 Telefon 130
Tharander Bazar/Spielgeld, Bartha

Felix Petzold
Manufaktur-Möbelwaren u. Konfektion

Paul Wenzel
Lebensmittel / Spirituosen / Weine

Kunath & Richter
FAHRADER / NAHMASCHINEN
Reparaturwerkstatt

Restaurant Z. Klippermühle
21261 Iphober Hans Butcher

21261 **Rod-**
schäfer
Urbicht
Mitterstraße 2

FREIBERG
Trink das köstliche
Waldschlößchen-Bier
Riederlage bei D. Döring, Stollegasse

Lebensmittel
Markthalle
Carl Müller
21261 Blaumgang

Fleischer Carl Fergini
21261 Döbelnstr. 16
Jubiläum 50. Jubiläum
Walter Raben
21261 Döbelnstr. 50

Louis Mehner
Kleiderstoffe / Wasche / Linoleum

Dres., Weiß- und Feinmöbel
Karl Lauer
21261 Burgstraße 37

M. D B U B L E R
21261 Eine Wein- & Röhrerei
SEEFISCHE / KONSERVEN

FAHRADER / NAHMASCHINEN
ERSATZTEILE / REPARATUREN
zu J. Weller, Erbischestr. 18

Hüte u. Mützen
Reinhold Meiss, Döbelnstr. 7

Fahrrad- u. Nähmaschinengroßh.
zu Otto Schmidt, Reitbahnsgasse

Otto Dienel
21261 Geiste
Döbelnstr. 4 - Kleppen 2027
etwa 300 m vom Markt entfernt

Göldau-Drogerie
Hans Göldau, Fischerstraße 22

Kolonialwaren
H. Riedrich, Donatgasse 3

Richard Lenk Installationss-
geschäft
21261 Koch- und Heizapparate

Uhren
Goldwaren
E. Schäfer,
Obermarkt 17
Repar. billig

Clemens Jaesing
Obertmarkt
Kleiderstoffe / Wäsche
Gardinen / Linoleum
und Möbelstoffe

Billigste Bezugsquelle
21261 für
Herrn- und Knabenbekleidung
Zur Zentrale
Postplatz Postplatz

ERNST WALThER
DAMPFBÄCKEREI
KONDITOREI UND KAFFEE
Schäfer-Vollkorn-Fehnbrodt u.
Kuchen / Konditoreiwaren
Lange Straße 33, Ecke Bahnhofstr.

Hauswaren
Julius Wenzel
Reparaturgeschäft
21261

E. G. Geudtner
21261 Reparatur 21261
Werkstätte 21261
Werkzeuge, Haushalt u. Haushalt

Paul Schneider
Döbelnmöbel / Dekoration / Gardinen

Walter Malzoff
Reinhard zur. Göldau von Lübben u. u.
21261 Derlauf von Holz und Stoffen

Trinkt Freiberger Silberquell
Bürgerliches Brauhaus A.-G., Freiberg, Feruruf 3251/52

RADEBERG

Carl Oehlschlägel
Die Elektroquelle der Arbeiter u. Kaufleute
Bahnstr. 12 gegenüber dem Bahnhof

Schuhhaus Baumz
Beste Einkaufsquellen für Schuhwaren

Damen-, Herren- und
Kinder-Bekleidung
Große Auswahl / niedrige Preise
21261 Konfektionshaus

Rudolf Leberer
Dresden-Straße 23

Drogerie Wiegand Heine
21261 Oberstraße
Spezialität: strahlendreig. Öl- u. Lackarbeiten

Schuhwarenhaus und
Reparaturwerkstatt
Alfred Wagner, Dresden-Straße 32

ZITTAU

A. Diehl
21261 Zittau, Thonber. 26
Feruruf 657
Artikel zur Gesundheit
und Kräuterpflege / Arztliche Instrumente / Bandagen

Bettwäsche Textilwaren
Köhler & Großer

Leder- und Bedarfssartikel
21261 kaufen man sehr preiswert bei
Max Adler, Rosenstraße 7

Bonbon- u. Schokoladenhaus

Fleischer Domst. Nach.
empfiehlt seine preisw. groß. u. Würstchen
21261 Söhne: Hermann, Bruno, Erich, 21261

KOTZSCHEBRODA
Hermann Lehner,
21261 Kolonialwaren / Zigaretten / Sigaretten /
Weine / Spez. Getreide-Kaffee

EIBAU

Bäckerei / Konditorei / Kaffee
21261 Otto Mehlmöbel

Fleischer Carl Fergini
21261 Döbelnstr. 16
Jubiläum 50. Jubiläum
Walter Raben
21261 Döbelnstr. 50

Schokoladen - Kakao
Paul Kühn / Obermarkt 18

Heinemann & Schäfer
21261 Döbelnstr. 15
Sohne: Heinrich Schäfer
Lebensmittelgeschäft, Döbelnstr. 15

Spiller & Schäfer
21261 Döbelnstr. 15
Sohne: Heinrich Spiller
Lebensmittelgeschäft, Döbelnstr. 15

Dräger Lindner
21261 Döbelnstr. 15
Sohne: Heinrich Lindner
Lebensmittelgeschäft, Döbelnstr. 15

Spiller & Bödel
21261 Döbelnstr. 15
Sohne: Heinrich Spiller
Lebensmittelgeschäft, Döbelnstr. 15

Schnieder & Berger
21261 Döbelnstr. 15
Sohne: Heinrich Schnieder
Lebensmittelgeschäft, Döbelnstr. 15

Rudolf Weigoldt
21261 Döbelnstr. 15
Sohne: Heinrich Weigoldt
Wäsche / Weißwaren / Schönheiten /
Kleider / Güter / 21261

Hugo Walpolt, Seifengeschäft
21261 Kornmarkt / Böhmische Str. 6
Feruruf 21261

Emil Steinert
21261 Obermarkt / Böhmische Str. 3

Lederzuschnitt-Geschäft
21261 B. Böhlitz, Thonber. 4

Schuhhaus Wezel
21261 Sohn: B. Wezel, Böhmische Str. 3
Reparaturwerkstatt

Butter-Bauch, Untermarkt 17
21261 Feste Teilemarken

FREITAL-DEU

Robert Jäschle
21261 Schuhwarenhaus

Paul Dylla
21261 Ober, Goldwaren, Reparaturwerkstatt
21261 Ober, Dresden-Straße 108

Ahendorfs
Fisch- und Feinkosthaus
21261 Lange Straße 5

Drogerie Sächsischer Woll
21261 Otto Wiesner

Sie kaufen immer vorteilhaft
Kleiderstoffe, Wäsche usw. bei
Erich Kaden, Freital-Deuben
21261 Vorderstraße 5

FREITAL-DO.

Ronja
21261 Konfektions-, Schuh- und Textilwaren
21261 Ehemaliger Sportartikel

Anton Glaser

Krilles Gasthof, Fr.-Döhlen
empfiehlt seine Lokalitäten zur Frd.
21261 Einkehr. Telefon 214

Reserviert

NIEDER-ODERWITZ

Rudolf Salchow / Fernsprecher 30

Fleischer Paul Gutsch

Genossen!
berücksichtigt bei Einkäufen
die Insassen!